

Sitzung Nr. 3 vom 02. April 2019

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident

Anwesend Remo Bill
Alexander Kaufmann
Angela Kummer
Daniel Hafner
Robert Gerber
Konrad Schleiss
Reto Gasser
Ivo von Büren
Richard Aschberger
Marc Willemin
Fabian Affolter
Matthias Meier-Moreno
Peter Brotschi
Nicole Hirt

Anwesend von Amtes wegen Kurt Boner, Leiter SDOL
Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt
David Baumgartner, Finanzverwalter
Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter
Christian Ambühl, Polizeikommandant
Aquil Briggen, Stadtbaumeister
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 20:45 Uhr

TRAKTANDEN (2464 - 2482)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 26. Februar 2019
- 2 2464 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 3 2465 Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2018

- 4 2466 STAF (ehem. Steuervorlage 17): Beschlussfassung
- 5 2467 Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2018
- 6 2468 Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2018
- 7 2469 Interpellation Fraktion SP: ParkingCard-Web-App in Grenchen - eine Zwischenbilanz: Beantwortung
- 8 2470 Interpellation Remo Bill (SP): "Illegale" Autoabstellplätze im öffentlichen Raum?: Beantwortung
- 9 2471 Sonderschulungen in Heimen und Institutionen: Kreditüberschreitung zu Lasten ER 2018
- 10 2472 Einrichtung von Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels: 2. Lesung
- 11 2473 Postulat Nicole Hirt (glp): Änderung des Gräber- und Grabmalreglementes: Beschluss über Erheblicherklärung
- 12 2474 Agglomerationsprogramm Grenchen; Aggloverein Grenchen: Wahl eines zweiten GR-Vertreters für die Mitgliederversammlung
- 13 2475 Interpellation Marc Willemin (SVP): Lt Walter Flury Gedenkfeier in Grenchen: Beantwortung
- 14 2476 Gemeindeordnung: Anpassung Geschäftsprüfung (§ 42): 1. Lesung (Postulat Fraktion FDP: Rechnungsprüfungskommission – Funktionsüberprüfung)
- 15 2477 Motion Peter Brotschi (CVP): Ehrenplatz für verdiente Grenchnerinnen und Grenchner: Einreichung
- 16 2478 Motion der Fraktion SP: Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung: Einreichung
- 17 2479 Motion Alexander Kaufmann (SP): Umsetzung Sperrung der Bettlachstrasse für den motorisierten Verkehr während den Sommermonaten im Abschnitt Baracoa bis Kuoni: Einreichung
- 18 2480 Interpellation Nicole Hirt (glp): Überprüfung Einstufung der Gehälter beim Verwaltungspersonal: Einreichung
- 19 2481 Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Situation beim Supermarkt an der Schlachthausstrasse: Einreichung
- 20 2482 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 26. Februar 2019 genehmigt.

- o -

**Stadt
Grenchen**

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 3

vom 02. April 2019

Beschluss Nr. 2464

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2018

Vorlage: SDOL/12.03.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Kurt Boner, Leiter SDOL, erklärt, dass der Vorgang gewöhnungsbedürftig ist. Es wurde in der Sozialhilfe netto eine gute Million weniger ausgegeben und man muss nun eine Million mehr zahlen. Der Nachtragskredit ergibt sich aus den Vorgaben der Budgetierung durch den Kanton, auf 360 Franken pro Einwohner des Kantons wurde budgetiert - effektiv abgerechnet werden nun 410 Franken pro Einwohner. Für Grenchen bedeutet das eine Mehrbelastung von CHF 937'617.33. Wenn man die Zahlen der letzten drei Jahre betrachtet, stieg die Sozialhilfe pro Einwohner im Kanton Solothurn vom 365 auf 410 Franken, während die Kosten in Grenchen von knapp 700 Franken auf 610 Franken sanken. Das sind Nettozahlen, also Einnahmen und Ausgaben sind berücksichtigt. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung. Die Zahlen in Grenchen - einer Industriestadt, die sowieso eine höhere Belastung als ländliche Gebiete aufweist – nähern sich immer mehr dem Solothurner Durchschnitt an. Das zeigt, dass durchaus Gutes aus der Stadt und Region Grenchen kommen kann. Man kann Trendsetter und Piloten in eine bessere Zukunft sein. Eventuell nimmt man das dann auch anderswo in den solothurnischen Landen wahr, vor allem westlich von Olten und östlich von Selzach/Lommiswil. Mit dem Beitrag für nachhaltige Integration auf allen Stufen, professionell und freiwillig erbracht, erbringt man einen Beitrag für den Gesamtkanton. Es wäre so schön und vor allem angebracht, wenn Solidaritäten dann auch gegenüber der SDOL spielen würden. Er selbst hat davon in den letzten Monaten wenig mitbekommen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 937'617.33 zu Lasten ER 2018 Konto 5726.3632.00 wird bewilligt.

Vollzug: FV

SDOL
FV

9.2.1.2 / acs

STAF (ehem. Steuervorlage 17): Beschlussfassung

Vorlage: F+I/21.03.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger beschäftigt sich der Gemeinderat jetzt zum dritten Mal mit einer kantonalen Vorlage (STAF, ehem. Steuervorlage 17). Er will nicht mehr zu weit ausholen. Im letzten Gemeinderat wurde die Ausgangslage nochmals erörtert und der Vorschlag GROL präsentiert. Er beinhaltete sechs Anträge, die verdankenswerterweise von den Grenchner KR-Mitgliedern zuerst in die FIKO und danach in den Kantonsrat getragen wurden. Fakt ist, dass fünf der sechs Punkte im Kantonsrat durchgekommen sind, was absolut erfreulich ist. Der wichtigste Punkt ist die Entkoppelung der Steuerfüsse der juristischen und natürlichen Personen. Das ermöglicht der Stadt die Beibehaltung grundsätzlich der jetzigen Steuerbelastung der juristische Personen, indem man den Steuerfuss heraufsetzen muss. In der Variante GROL hat man einen anderen Vorschlag unterbreitet. Im Ergebnis kommt es auf das Gleiche heraus, einfach mit gewissen Nachteilen, indem jede einzelne Gemeinde selbst schauen muss, was sie mit den Steuerfüssen macht, und man einen Steuerwettbewerb entfesselt. Am 28. August 2018 wurde im Gemeinderat die Vernehmlassung im Sinne des VSEG zuhanden der Solothurner Regierung verabschiedet. Dort ist man bereits die Strategie 13 % gefahren. Die Forderung der Stadt Grenchen war eine 100%-ige Gegenfinanzierung. Unter dem Strich hat man erreicht, was man will, die Möglichkeit der 100%-igen Gegenfinanzierung. Dazu kommt noch, dass die Kosten der Sonderpädagogik vom Kanton ab 2023 übernommen werden - das ist ein siebenstelliger Betrag. Zusätzlich kommen noch die Leistungen der Industrie dazu, die in den Bereichen IT und Betreuungsgutscheine versprochen wurden. In der Kantonsratsdebatte, an der er persönlich anwesend war, wurde wiederholt betont, dass die Reform nicht zulasten der natürlichen Personen gehen soll und die Industrie wisse, dass man die Steuerfüsse halt nach oben anpassen müsse. Er nimmt diese Aussagen wörtlich und ist deshalb der Meinung, dass man diesen Weg gehen kann. Wenn die Vorlage durchkommt, wird man sich im Hinblick auf das Budgets 2020 überlegen müssen, was man mit den juristischen Personen machen wird. Der Finanzverwalter und er haben das schon andiskutiert. Man ist der Meinung, dass man hier konsequent sein, den Steuerfuss bei den juristischen Personen heraufsetzen und die Strategie des Steuersenkungsprogramms bei den natürlichen Personen weiterfahren muss. Es braucht eine Entlastung der unteren Einkommen und des Mittelstands. Die Steuervorlage hätte er sich auch anders gewünscht. Aber er persönlich ist der Meinung, dass man damit leben kann. Das primäre Ziel wurde erreicht. Es kann für Grenchen auch eine Chance sein. Es kommt natürlich darauf an, welchen Hut man

anzieht. Zieht man den Hut des Kantonsrats an, sieht das natürlich etwas anders aus. Diesen Weg mit der grossen Giesskanne hätte man dem Kanton eigentlich ersparen wollen. Man hätte das anders haben können. Er macht Fragezeichen, ob sich der Kanton das leisten kann. Aber heute geht es nicht darum, die Interessen des Kantons zu vertreten, sondern zu entscheiden, was man als Stadt macht. Er kann sich vorstellen, dass die KR-Mitglieder im Gemeinderat jetzt ein Stück weit in einem Dilemma stecken. Letztlich soll jeder selbst entscheiden können, was seine Haltung zu dieser Frage ist. Er hat sich mit dem Stadtpräsidenten von Olten abgesprochen, dass man keinem Komitee beitrifft. Er wurde bereits von einem Pro-Komitee angefragt und hat gesagt, dass er nicht zur Verfügung steht. Er steht allenfalls zur Verfügung, wenn es darum geht, ein Kommitment abzugeben, das dann aber seine persönliche Haltung wiedergibt und die wird deckungsgleich mit der Haltung des Stadtpräsidenten von Olten sein. Der Stadtrat von Olten hat sich auch schon geäussert und kann mehrheitlich nicht hinter der Vorlage stehen. So wie es aussieht, wird auch der VSEG thematisieren, ob er ein Komitee bilden will. Der Gemeinderat soll sich heute ebenfalls zu dieser Frage äussern. Persönlich ist er der Auffassung, dass die Stadt weder einem Ja noch einem Nein-Komitee beitreten sollte, sondern sich neutral verhalten sollte. Hingegen soll jedermann nach seiner persönlichen Haltung und seiner politischen Überzeugung einem Komitee beitreten können.

- 1.2 Finanzverwalter David Baumgartner erläutert nochmals die Ausgangslage und zeigt anhand einer Folie die Entwicklung der Steuerausfälle der Stadt Grenchen auf, wenn das Stimmvolk am 19. Mai 2019 dem Beschluss des Kantonsrates vom 7. März 2019 zustimmt:

In CHF	Steuerausfälle	Belastung Grenchen
2020	-2'893'600	-572'500
2021	-5'982'500	-1'219'600
2022	-5'982'500	-2'410'325
2023	-5'982'500	-3'601'050
2024	-5'982'500	-4'791'775
2025	-5'982'500	-5'982'500

Die prognostizierten Steuerausfälle aus STAF können auf Gemeindeebene bis zu 100% gegenfinanziert werden, mittels Steuerfussanpassung bei den juristischen Personen. Bisher durften die Steuersätze von juristischen und natürlichen Personen maximal 30 Steuerpunkte voneinander abweichen. Das wird jetzt aufgehoben. Wenn Grenchen sein Steuersubtrat behalten will, hat man jetzt das entsprechende Instrument und kann den Steuerfuss der juristischen Personen neu definieren. Es soll keine Steuererhöhung bei den natürlichen Personen geben. Im Gegenteil, man kann die Strategie, die man sich für die natürlichen Personen zum Ziel gesetzt hat, weiterhin umsetzen. Heute soll noch die Frage diskutiert werden, was die offizielle Haltung Stadt sein soll. Will sie in ein Pro- oder Contra-Komitee oder neutral bleiben?

- 1.3 François Scheidegger dankt den Kantonsrätinnen und Kantonsräten für ihr Engagement, insbesondere den beiden FIKO-Mitgliedern, mit denen es ein paar Sitzungen gab. Ein Merci geht auch an den Finanzverwalter, den das Thema auch viel beschäftigt hat.

Nochmals zusammengefasst, damit es allen klar ist: Damit der Steuerbezug bei den juristischen Personen gleich bleibt, könnte man jetzt einfach den Steuerfuss anpassen irgendwo im Bereich von 240 %, gleichzeitig profitieren die Firmen trotzdem von einer massiven Gesamtsteuerbelastungsreduktion. Im ersten Jahr sieht es noch etwas anders aus, aber ab 2021 würde man, wenn man den Schritt vollziehen würde, wieder bei einer Gesamtsteuerbelastung in der Grössenordnung von 16 % sein. Man hätte natürlich den weiteren Vorteil, dass man die Ausgleichszahlungen vom Kanton bekäme, die man anderweitig investieren könnte, und ab 2023 käme noch die Entlastung bei der Sonderpädagogik dazu. In diesem Sinne könnte man damit leben.

2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Robert Gerber, Fraktionschef FDP-glp, ausführt, hat der Gemeinderat am 28. August des vergangenen Jahres einstimmig eine Vernehmlassungsantwort verabschiedet. Seither ist viel Wasser die Aare hinuntergelaufen. Von einem historischen Kompromiss war da die Rede. Alle waren sehr lieb miteinander. Zu lieb, wie sich später herausstellte. Man hat hier in diesem Saal gesagt, es könne den Städten und Gemeinden grundsätzlich egal sein, wie sich der Kanton in Sachen Steuervorlage aus der Affäre ziehe. Hauptsache die Stadt- und Gemeindekassen werden bei dieser Übung nicht in Mitleidenschaft gezogen. Es erschien deshalb unverständlich, dass die Kantonsregierung vorschlug, dass die Gemeinden sich ebenfalls an den Ertragsausfällen beteiligen sollen. Man verlangte, wie die meisten anderen Solothurnischen Gemeinden, eine 100 % Ausfinanzierung der Ertragsausfälle durch den Kanton bzw. aus dessen prall gefüllter Schatulle. Das sei aus verschiedenen Gründen, so die Ansicht des Gemeinderates und übrigens damals auch noch die Ansicht des VSEG, nicht ein Ding der Unmöglichkeit:

1. Der Kanton Solothurn hat letzthin zusätzlich rund 50 Mio. Franken aus dem Finanzausgleich des Bundes erhalten. Das ist zwar kein gutes Zeichen und spricht nicht für die Prosperität dieses Kantons, aber es eine Tatsache.
2. Auch von den Erlösen der Nationalbank erhält der Kanton Solothurn zusätzliche Gelder.
3. Es darf bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, dass vor etwas mehr als 20 Jahren als es um die Verarbeitung des Niedergangs der Kantonalbank ging, es ausgerechnet die solothurnischen Gemeinden waren, die auf Gelder, welche vom Verkauf von Nationalbankgold seitens des Bundes überwiesen wurden, verzichteten. Die Gemeinden verzichteten damals auf das Geld, damit sich der Kanton von diesem finanziellen Tiefschlag erholen konnte.
4. Das Eigenkapital des Kantons Solothurn beläuft sich auf rund eine halbe Milliarde Franken.
5. Es ist eine sogenannte Aufgabenentflechtung zwischen den Gemeinden und dem Kanton angedacht. Man spricht davon, dass zwischen diesen beiden Ebenen jährlich rund eine Milliarde Franken hin und her geschoben werden.

So und jetzt: Erstens kam es anders und zweitens als man dachte.

Schon bald fiel dieser, in Führungszeichen, „historische Kompromiss“, auseinander. Zuerst verabschiedete sich die SP. Er ist aber gar nicht sicher, ob diese tatsächlich einmal im Boot war oder ob man das nur meinte. Dann verabschiedeten sich auch die Gewerkschaften und langsam auch andere zugewandte Orte.

Der VSEG resp. dessen Präsident Roger Siegenthaler hatte noch im Sommer die 100-prozentige Ausfinanzierung der Steuerausfälle der Gemeinden über sechs Jahre verlangt. Ende Jahr machte dann der VSEG einen Schwenker. Der Einwohnergemeindeverband unterstützt die regierungsrätliche Vorlage vollumfänglich. Mit nur einer, übrigens bürgerlichen Gegenstimme, aber mit 18 Ja-Stimmen quer durch alle Parteien habe der Vorstand dem Vorschlag der Regierung zugestimmt. „Wir sind sehr zufrieden“, so die Stimme des VSEG-Präsidenten in der Solothurner Zeitung vom 21. Dezember 2018.

Kurze Zeit später fanden dann sogenannte Informationsveranstaltungen für die Gemeinden statt.

Gemeinden haben die Steuervorlage „zum Teil noch nicht begriffen“ stand auf der Titelseite des Grenchner Tagblattes. Kein Geringerer als der Präsident des Verbands Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) selbst stellte diese Wissenslücken bei den Gemeinden und Städten fest. „Wir stellen fest, dass die Vorlage im Allgemeinen, die flankierenden Massnahmen, der Ausgleichsmechanismus für die Gemeinden sowie die Konsequenzen einer Ablehnung im Besonderen zum Teil noch nicht begriffen wurden.“ Es ist so, dass man den dummen Gemeinderäten in den Gemeinden draussen Nachhilfeunterricht geben muss und zwar von niemand geringerem als dem VSEG. Es ist klar, dass das Interesse bei einer Gemeinde, die 50'000 Franken an Steuereinnahmen verliert, nicht gleich gross sein kann, wie bei einer Stadt, die um die sechs Millionen an Steuereinnahmen verliert. Fragt sich nur, wer da was nicht begriffen hat? Persönliche Zwischenfrage: Vertritt dieser VSEG wirklich die Interessen der Stadt Grenchen? Oder meint er da nicht des Öfteren zu hören, die Stadt Grenchen fühle sich von diesem Konstrukt nicht eigentlich gut vertreten? Müsste man da in einer nächsten Sparrunde nicht einmal genauer hinschauen, bevor man wieder zehntausende von Franken nach Solothurn oder eben zu diesem Verband schickt?

Im Februar kam dann GROL ins Spiel. Unter der Federführung der Städte Olten und Grenchen entstand ein Gegenvorschlag, um die Vorlage zu retten und nicht zum Absturz zu bringen, aber durch mehr Flexibilität für die hauptbetroffenen Gemeinden verträglicher zu machen und auch den Kanton bei der teuren Gegenfinanzierung zu entlasten.

Die kantonsrätliche Finanzkommission trat dann grösstenteils auf die Vorschläge ein. Und heute kann man sagen, dass fünf der ursprünglich sechs Forderungen erfüllt sind. Da wurde tatsächlich sehr viel erreicht.

Die Steuerausfälle bei den juristischen Personen können von den Gemeinden und Städten gegenfinanziert werden, indem diese den Steuersatz nach oben anpassen. Das ist gut und recht, aber damit wird der kantonsinterne Steuerwettbewerb angeheizt. Wie immer in finanz- und Steuerangelegenheiten, werden Versprechungen gemacht. Eine dieser Versprechungen ist zum Beispiel: Die natürlichen Personen sollen diese Steuerausfälle nicht bezahlen müssen, wenn die Strategie schief geht und die Prognosen nicht eintreffen. Das hat man sehr wohl gehört, aber glaubt man das auch? Die alte Weisheit lautet: Jemand bezahlt! Und dieser Jemand waren in den letzten Jahrzehnten immer die natürlichen Personen, wie man so schön sagt. Er sagt es anders. Bezahlen tut der Mittelstand. Nicht diejenigen, die keine Steuern bezahlen und nicht diejenigen, die eigentlich viel Steuern bezahlen sollten. Der Mittelstand wird gerupft bei den Steuern, bei den Krankenkassenprämien, bei den Gebühren, etc., etc.

Er hört die Euphorie. Tiefer Steuersatz, da kommen dann neue Firmen und das gibt dann neue Steuereinnahmen. Auch diese Botschaft hört er wohl, allein ihm fehlt der Glaube.

Alles in allem kann man sagen, wenn das Solothurner Stimmvolk diese Vorlage tatsächlich am 19. Mai 2019 annehmen sollte, kommt man mit einem blauen Auge davon, wenn man die Steuerausfälle gegenfinanzieren kann. Aber man kann dies nur mit einer Anpassung des Steuersatzes bei den juristischen Personen. Niemand glaubt ernsthaft, dass die Finanzlage der Stadt Grenchen einen Ausfall von gegen sechs Millionen Franken in sechs Jahren einfach so verkraften kann.

Man hat im letzten Jahr das Projekt Kompass verabschiedet. Mit diesem Projekt will man den Steuersatz für natürliche Personen mindestens auf den kantonalen Durchschnitt senken. Man will etwas für unsere Bevölkerung tun und bei allen künftigen Entscheidungen dem Thema Lebens- und Wohnqualität eine hohe Priorität einzuräumen. Das Projekt darf wegen dieser unseligen Steuergeschichte nicht Schiffbruch erleiden. Er kommt auch hier mit dem Mittelstand. Alle reden vom Mittelstand und niemand schaut zu ihm. Der Steuerzahler und die Steuerzahlerin sollen auch etwas spüren, was mit ihren sauer verdienten Steuerfranken geschieht. Eben, es soll im Themen wie Lebens- und Wohnqualität investiert werden und das Geld soll nicht auf mehr oder weniger verschlungenen Wegen in die Staatskasse abwandern, um dort neu entstehende Löcher zu stopfen.

Nun noch zur Frage Komitee ja, Komitee nein oder kein Komitee. Die FDP-glp-Fraktion schlägt vor, keinem Komitee beizutreten. Man ist ja nicht komplett gegen diese Vorlage. Man hat Vorbehalte. Allen ist klar, dass es eine Vorlage braucht, dass es eine Neuregelung braucht. Ob dies die Lösung ist, wird das Solothurner Stimmvolk am 19. Mai 2019 entscheiden.

Es wurde in den letzten Wochen viel gesagt, u.a. auch, dass man halt dann über die Bücher müsse, wenn die Prognosen nicht einträfen. Man merkt, weder die Fraktion noch er persönlich kann sich für diese Steuervorlage erwärmen.

- 2.2 Gemäss Vize-Stadtpräsident Remo Bill haben sich die Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus Grenchen an der Sondersession im Kantonsrat vom 7. März 2019 die für die Alternativ-Variante GROL der Städte Grenchen und Olten eingesetzt. Leider wurde der Vorschlag GROL im Kantonsrat grossmehrheitlich abgelehnt und der Tiefsteuerstrategie des Regierungsrates zugestimmt. Die Verwaltung der Stadt Grenchen ist mit dem „Erreichten“ zufrieden. Dem kann er sich nicht anschliessen. Mit der Aufhebung der Limitierung der Steuerpunkte zwischen juristischen und natürlichen Personen kann Grenchen die Unternehmensteuer anheben, um die Steuerausfälle zu kompensieren. Das ist keine Lösung; denn mit der Erhöhung der Steuerpunkte sind auch kleine KMU in der Stadt Grenchen betroffen. Mit der geplanten Tiefsteuerstrategie des Regierungsrates soll also die kantonale Nettoverschuldung innert 5 Jahren um 500 Mio. auf fast 2 Mrd. zunehmen. Die Pro-Kopf-Verschuldung im Kanton soll so von rund 5'000 Franken auf über 6'600 Franken pro Person steigen. Damit schmilzt das heutige Eigenkapital des Kantons von rund 460 Mio. Franken wie „Schnee an der Sonne“. Mit dieser Finanzpolitik wird die Schuldenbremse aktiviert und damit folgen massive Sparmassnahmen und Steuererhöhungen. Was die STAF für finanziell negative Auswirkungen im Kanton Waadt und seinen Gemeinden hat, konnte man aus den Medien entnehmen. Als Kantonsrat wird er die Tiefsteuerstrategie des Regierungsrates daher nicht unterstützen und empfiehlt am 19. Mai 2019 ein Nein für die kantonale Vorlage.

2.3 Leider, so Gemeinderat Richard Aschberger, kam die Städtelösung zwar weit, aber der zentrale Punkt darin und auch der einschneidendste Punkt mit der Gewinnsteuer wurde leider nicht übernommen, sprich dieser hat keine Mehrheit im Kantonsrat erhalten. Den Rest hat man erfüllt. An dieser Stelle dankt er nochmals der Stadt, speziell David Baumgartner und Francois Scheidegger für den Einsatz und die Unterstützung, sowie auch seinem Finanzkommissionskollegen Remo Bill, man war ein super Team, bei dem die Parteifarbe keine Rolle gespielt hat, denn es ging um die Sache.

Nur weil man Grenchen weit entgegengekommen ist, heisst das noch lange nicht, dass die SVP Grenchen nun euphorisch dafür sind, im Gegenteil. Es hat nach wie vor grosse Unsicherheiten und für eine der am meisten betroffenen Städte, kann eine all-fällige Umsetzung einschneidende Massnahmen und Folgen auslösen, welche weit in die Zukunft reichen.

In den letzten Wochen und Monaten wurde er immer wieder gefragt, wieso er nicht bedingungslos hinter der 13er Variante stehe, sondern Vollgas gebe für die Städtelösung und auch sonst sehr kritisch der gesamten Steuervorlage gegenüberstehe. Das ist relativ einfach erklärt. Das Slalomfahren von diversen Politikern und auch Verbänden beruhigt nicht gerade, ganz im Gegenteil. Wo es zu Beginn noch sogenannte rote Linien gab, wurde je näher die Kantonsratsdebatte kam, ein Kompromiss vom Kompromiss gefunden, immer wieder wurden neue Elemente hinzugefügt und auch wieder entfernt usw. Auch dass man Ende letzten Jahres zuerst davon sprach, mit der Steuervorlage neue Firmen in den Kanton zu locken, dann hiess es nur noch Bestandesschutz und nun heisst es wieder, man wolle weitere Firmenansiedlungen machen, ist schlimmer als eine Fahne im Wind, er hat das den Verbänden und besagten Politikern schon lange zurückgemeldet. Aber eben, nun hat man eine Vorlage auf dem Tisch und muss damit etwas anfangen, auch hier in Grenchen.

Natürlich ist von Seiten der SVP unbestritten, dass man etwas machen muss, denn man ist einmal mehr gewaltig unter Druck von aussen, sprich EU weil Steueroase, steht man doch auf einer grauen Liste. Macht man nichts beim Steuerregime, ist man wohl ab nächstem Jahr auf der schwarzen Liste mit illustren Ländern wie Amerikanisch-Samoa, Samoa, Guam, Namibia, Trinidad und Tobago sowie die Amerikanischen Jungferninseln.

Was ihn an der Debatte auch immer gestört hat, ist der blinde Fokus. Man darf nicht vergessen und die aktuellsten Zahlen des Finanzplans des Kantons hat er hier dabei, dass man mit der Steuervorlage bis in 4.5 Jahren das Eigenkapital des Kantons ziemlich genau halbiert von 460 auf 230 Millionen – einfach damit man es im Hinterkopf behält. Die Defizitbremse tritt bei 100 Millionen ein, dann gehen die Steuern für die natürlichen Personen automatisch nach oben. Der Finanzplan sieht auch vor, dass der Kanton im 2023 alleine 100 Millionen Defizit schreibt, der Selbstfinanzierungsgrad auf katastrophalen minus 5 Prozent liegt und man fast 1.9 Milliarden Schulden hat, nach 1.4 Milliarden per Ende 2018. Tut ihm leid, aber so geht es nicht. Das strukturelle Defizit beim Kanton bleibt bestehen und man hofft auf ein Wunder, doch wo soll das herkommen?

Ah und nebenbei knapp 370 Millionen Franken erhält der Kanton Solothurn jährlich als Almosen der potenten Kantone. Und nun nutzt man hiervon noch Geld zum Steuern senken. Glaubt man wirklich, dass sich das die besser aufgestellten Kantone weiter gefallen lassen?

Dann noch ein kurzes Beispiel, damit man es sich vor Augen führen kann, was Steuerausfälle bei juristischen Personen eigentlich für die Infrastruktur bedeuten und was auch rein firmentechnisch zum Kompensieren passieren müsste.

Geht man bei Grenchen einmal von 5 Millionen Franken aus, welche kompensiert werden müssen, wenn die Kantonshilfen auslaufen. Das heisst (simplifiziert), man braucht einmal eine Firma oder Firmen, welche knapp 10 Millionen Steuern abliefern, 5 für die Gemeinde, 5 für den Rest, sprich Bund und Kanton. Bei einem zum einfacheren Rechnen angenommenen Steuersatz von 10 % heisst das, dass die Firma oder eben die Firmen 100 Millionen Gewinn machen müssen. Bei 15 % Rendite also knapp 700 Millionen Franken Umsatz. Bei einer angenommenen Bruttowertschöpfung (Zahlen hat er von ein paar Industriebetrieben im Kanton Solothurn genommen, welche öffentlich zugänglich sind) pro Mitarbeiter von CHF 400'000.00 heisst das, 1'750 neue Arbeitsplätze. Mit Betonung auf neu. Rechnet man einmal hoch, was die Steuerausfälle für den Kanton bedeuten und wie das kompensiert werden soll, und überlegt dann, was so viele tausende Zusatzarbeitsplätze für die Infrastruktur bedeuten – denn irgendjemand muss das bezahlen. Aber auch hier sind keine Antworten gekommen.

In diesem Sinne ist für die SVP Grenchen absolut klar, dass ein Beitritt zu einem Pro-Komitee überhaupt gar nicht in Frage kommt, unter absolut gar keinen Umständen. Eigentlich sollte man sogar ins Nein-Komitee. Da man in Grenchen aber auch kleinere Gewerbler und KMU Betriebe hat, die für die grossen Firmen zuliefern, wird die SVP beim Punkt 3.2.3 zähneknirschend zustimmen, sprich dass man in kein Komitee geht. Man überlässt dem Souverän die Entscheidung.

- 2.4 Gemeinderat Peter Brotschi dankt allen, die sich eingesetzt haben, ebenso Remo Bill und Richard Aschberger für ihre Arbeit in der FIKO. Er hat persönlich als Bürger und Kantonrat nein gesagt und wird auch heute als Gemeinderat nein sagen. Die CVP kann sich ihren Vorrednern anschliessen und wird keinem Komitee beitreten. Die Vorlage ist unter allen Titeln abzulehnen. Richard Aschberger hat vorhin die Konsequenzen aufgezeigt. Sie heizt den interkantonalen und kantonsinternen Steuerwettbewerb an - es gibt schon Negativbeispiele, was dann passiert. Sie ist auch aus Gründen der Umweltpolitik fragwürdig, weil die Zersiedlung gefördert wird. Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen ist unter Umständen gut und recht, aber wenn sie mit Grenzgängern besetzt werden, schaut unter dem Strich weniger raus. Diese Wachstumsstrategie in einer Zeit, wo man auch das generell in Frage stellen sollte, ist kritisch zu betrachten, denn Wachstum bedeutet auch steigende Kosten. Er wird persönlich dem „Gemeindekomitee“ (Nein-Komitee aus Gemeindepolitikern) beitreten.

- 2.5 Gemeinderätin Angela Kummer versteht, dass man als Stadt nicht einem Contra-Komitee beitreten will. Sie legt den GR-Mitgliedern ans Herz, dass sie als Einzelpersonen schon Druck machen können. Sie hat aus erstaunlich vielen Ecken eine klare Haltung gehört, was sie natürlich sehr freut. Es macht schon noch etwas aus. Man hat schon noch Möglichkeiten, hier Gegensteuer zu geben. Am 19. Mai 2019 wird es schwierig sein, weil man auch noch die eidgenössische Vorlage hat. Es ist schwierig, das den Leuten zu verkaufen. Es ist supercool, wenn man mit den Berechnungen kommt, aber es geht dann auch noch um das Emotionale. Es ist eine Glaubensfrage. Will man dieses Wachstum? Glaubt man daran? Es ist wie eine Zauberkugel. Sie findet, dass man realistisch sein sollte. Sie ist schon motiviert und glaubt an die Zukunft, aber es hat seine Grenzen. Man kann nicht auf das Prinzip Hoffnung setzen. Es werden noch ein paar happige Wochen sein, es werden noch Veranstaltungen stattfinden. Sie bittet die GR-Mitglieder sich zu überlegen, als Einzelpersonen einem Nein-Komitee beizutreten.
- 2.6 Wie Gemeinderätin Nicole Hirt ausführt, scheiterte die USR III am 17. Februar 2017 an der Urne mit 59,1 Prozent. Das hätte eigentlich ein Warnzeichen für die solothurnische Regierung oder für alle Regierungen sein sollen, dass man etwas an so einer Vorlage ändern muss. Sie haben jetzt fast zwei Jahre Zeit gehabt, eine neue Vorlage auszuarbeiten. Die neue Vorlage wurde in der glp sehr kritisch aufgenommen. Sie ist sehr wirtschaftslastig, überhaupt nicht freundlich gegenüber den unteren und mittleren Einkommen. Aus diesem Grund ist sie gegen die Vorlage, weil sie nicht will, dass am Schluss die natürlichen Personen bluten müssen. Deshalb wird sie als Gemeinderätin ebenfalls dem „Gemeindekomitee beitreten.
- 2.7 Gemeinderat Alexander Kaufmann präzisiert, dass die SP-Fraktion nicht will, dass die Stadt einem Komitee beitrifft. Als Privatperson kann man das ganz anders anschauen und das tut er persönlich auch. Er entscheidet prinzipiell nicht gerne unter Druck. Hier wird einfach Druck gemacht, was er in der Regel nicht gut findet. Man kann jetzt nicht anders, aber er hofft stark, dass das Volk die Vorlage bachab schickt.
- 2.8 François Scheidegger ist persönlich für die Vorlage und kann damit leben. Es glaubt inzwischen niemand mehr daran, dass man das mit zusätzlichen Firmenansiedlungen kompensieren kann. Man kann nur noch kompensieren, indem man tatsächlich den Steuerfuss gleichbehält hier in Grenchen. Das geht und die Firmen profitieren nachher immer noch, sie kommen immer noch auf eine Gesamtsteuerbelastung von rund 16 %. Man passt einfach den Steuerfuss entsprechend an. Das wäre weiterhin möglich. Es gibt dann noch Gegenfinanzierungen, von denen man profitieren kann. Was ist die Alternative zum Ganzen? Das weiss man nämlich nicht. Das Risiko des Scheiterns erachtet er als relativ gross. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Gemeinden im Falle des Scheiterns bei einer Neuauflage besser fahren werden als jetzt. Nach seiner Beurteilung wird die Regierung, sollte es zu einer neuen Vorlage kommen, an ihrer Tiefsteuerstrategie festhalten. Ob die Gemeinden dann immer noch so gut fahren, ist er nicht so sicher. Er ist überzeugt, dass ein Ja zur Vorlage die Stadt zu ihrem Vorteil umnutzen kann. Man passt den Steuerfuss der juristischen Personen an - sie fahren immer noch günstiger in der Gesamtsteuerbelastung - und hat noch zusätzlich Geld vom Kanton. Die Frage ist, aus welcher Optik man das anschaut. Schaut man das aus Sicht des Bürgers an oder aus derjenigen des Kantons? Aber hier im Gemeinderat geht es um die Interessen der Gemeinde.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat nimmt vom Beschluss des Kantonsrates vom 7. März 2019 über die STAF-Steuvorlage Kenntnis.

4.2 Der Gemeinderat beschliesst, für die STAF-Urnenabstimmung vom 19. Mai 2019 keinem Komitee beizutreten.

Vollzug: KZL

FV

9.1.0 / acs

Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2018

Vorlage: F, I + EWD / 20.03.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Finanzverwalter David Baumgartner fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Laut Gemeinderat Robert Gerber stimmt die FDP-glp-Fraktion dem Nachtragskredit zu. Es ist mehr und mehr der Mittelstand, der Probleme bekommt, die Steuern zu bezahlen, insbesondere wegen der hohen Krankenkassenprämien. Das muss zu reden geben, insbesondere im Kanton, wo man gewisse Korrekturen vornehmen sollte. Hand aufs Herz: Wahrscheinlich würde jeder im Gemeinderat, wenn er knapp bei Kasse wäre, zuerst die Krankenkassenprämien und nachher die Steuern bezahlen.

2.2 Gemeinderat Peter Brotschi hat sich schon vor 10 Jahren, kurz nachdem er in den Kantonsrat kam, für das Thema Quellensteuer interessiert und wollte dazu einen Vorstoss einreichen. Der Kanton Neuenburg hat dann eine Standesinitiative für die Einführung der Quellensteuer auf Bundesebene eingegeben, die vom Ständerat relativ knapp abgelehnt wurde. Geht hier auf Stufe Städteverband etwas?

2.2.1 Stadtpräsident François Scheidegger ist nicht bekannt, dass auf Stufe Gemeindeverband oder Städteverband irgendetwas geht. Der Anstoss muss aus der Politik kommen. Man könnte die Quellensteuer wohl auf Stufe Kanton einführen. Er ist zwar nicht sicher. Das müsste man abklären. Das wäre wirklich etwas Gescheites. Warum man es nicht macht, ist ihm nicht ganz klar. Es ist im Interesse von allen, vom Gemeinwesen und vom Steuerzahler. Der Steuerzahler weiss nachher, wie viel Geld er zur Verfügung hat, und hat keine bösen Überraschungen zu gewärtigen. Er appelliert hier an die KR-Mitglieder. Vielleicht könnte man einmal eine Gemeindeinitiative einreichen (es braucht 8 Gemeinden). Das hätte Gewicht. Man könnte sich auch überlegen, das einmal in den VSEG zu bringen. Jemand zahlt es am Schluss. Der Ausfall beträgt in Grenchen von 1.5 Mio. Franken - das sind immerhin vier Steuerpunkte. Das hat letztlich auch mit Steuergerechtigkeit zu tun. Er geht davon aus, dass auch der Kanton Abschreibungen in der Höhe von mindestens 10 Mio. Franken tätigt.

2.2.2 Gemeinderätin Nicole Hirt hat das Thema Quellensteuer einmal persönlich mit dem Finanzdirektor angeschaut. Sie bekam damals zur Antwort, dass es eine gesamtschweizerische Lösung brauche.

Sie hat den Verdacht, dass man im Kanton Angst davor hat, dass es dann im Finanzamt vielleicht eine oder zwei Stellen weniger bräuchte. Deshalb ist man dort nicht so begeistert.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 260'070.51 zu Lasten ER 2018 Konto 9100.3181.00 wird bewilligt.

Vollzug: FV

FV

9.2.1.2 / acs

Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2018

Vorlage: ARD/18.03.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Polizeikommandant Christian Ambühl fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 100'001.00 zu Lasten ER 2018 Konto 4220.3810.32 wird bewilligt.

Vollzug: FV

Stapo
ARD
FV

9.2.1.2 / acs

Interpellation Fraktion SP: ParkingCard-Web-App in Grenchen - eine Zwischenbilanz: Beantwortung

Vorlage: KZL/28.02.2019

1 Mit Datum vom 26. Februar 2019 reichte die SP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner Daniel Hafner):

1.1 Interpellationstext:

Die Leitung der Stadtpolizei Grenchen hat im August 2017 mit der „ParkingCard-Web-App“ in Grenchen den bargeldlosen Bezahlprozess für Autoparking-Gebühren eingeführt. In gewissen Gebieten alternativlos (die Automaten wurden entfernt). In Teilen der Bevölkerung wird dieses Vorgehen als „Zwang“ empfunden. Im besten Fall wird das Fahrzeug in der Folge dort parkiert, wo noch ein Cash-Terminal existiert, im schlechtesten erfolgt keine Bezahlung. Dies sind Rückmeldungen, die ich als Mitglied des Gemeinderates erhalten habe.

Es stellen sich folgende Fragen:

- 1. In welcher Kadenz erfolgt in den Parking-Bereichen, in denen die Gebühren nur digital beglichen werden können, eine Parking-Kontrolle durch die Stadt-Polizei?*
- 2. Hat sie sich die Kadenz in diesem Zeitraum verändert? (Zunahme/Abnahme/Unverändert)*
- 3. Wie entwickelten sich die Erträge seit der Prozessumstellung im August 2017 in den Parking-Bereichen mit digitaler Bezahlung?*
- 4. Wie entwickelte sich der Reinerlös aus der gesamten Parking-Bewirtschaftung in der Stadt*
- 5. Wie viele Reaktionen aus der Bevölkerung sind bei der Stadtpolizei eingegangen und in welcher Art?*
- 6. Welches sind die nächsten Schritte im Digitalisierungsprozess der Parkplatzbewirtschaftung und in welchen Zeiträumen?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Polizei Stadt Grenchen beantwortet.

Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

3.1 Gemeinderat Daniel Hafner präzisiert, was die Ausgangslage für die Interpellation war. Es ist ihm nur bedingt um die App gegangen. Ihm ist auch klar, dass es im Zuge der Digitalisierung eine Frage der Zeit ist. Man kann höchstens darüber diskutieren, wie schnell man so etwas umsetzt. Das war für ihn der Grund. Er hat auch Rückmeldungen von Kollegen in der Partei erhalten, die ein riesiges Problem mit den Apps haben. Das muss man differenziert anschauen. Aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit wird er praktisch wöchentlich damit konfrontiert, dass die Leute fragen, wo sie am Südbahnhof ihre Parkinggebühren entrichten müssen. Er antwortet dann immer, dass es den Parkometer etwas weiter weg gibt und noch die App. Wenn er die App ins Spiel bringt, winken 9 von 10 Personen ab. Ihm wurde dann im gleichen Zusammenhang bewusst, wann er das letzte Mal eine Polizeipatrouille gesehen hat, die Parkingkontrollen durchgeführt hat. Es war in den letzten Jahren nie der Fall. Er hat sich dann gefragt, wie heftig in Grenchen Parkplatzkontrollen vorgenommen werden. Es geht in erster Linie nicht um die App, obwohl man aufpassen muss, mit welcher Geschwindigkeit man so etwas umsetzt. Vielleicht müsste man es etwas gemässiger tun. Es geht ihm vielmehr darum, ob in der Stadt eine Parkplatzbewirtschaftung stattfindet. Der Interpellation konnte er punktuell weniger Informationen entnehmen als dem Interview, das der Polizeikommandant dem Grenchner Tagblatt vom 19. März 2019 gab: Er zitiert wie folgt: *„Die Einnahmen bei den Parkgebühren sind rückläufig. Diese haben nicht seit der Einführung von ParkingPay leicht abgenommen. Der Grund ist aber sicher ein anderer und wurde bereits 2016 zu bedenken gegeben.“* Konkret meint Ambühl die Kündigung des Vertrags mit der Securitas durch die Gemeinderatskommission im Sommer 2016. Die Firma war bis dahin mit der Parkkontrolle beauftragt und erhielt rund 28 000 Franken jährlich dafür. Aber die Einnahmen waren auch rund 70 000 Franken höher.

Jetzt fragt er sich und diese Frage stellt er ins Plenum: Ist es so, dass man in Grenchen mehr oder weniger gratis parkieren kann? Wenn man in der Stadt herumfährt und sieht, wie viele Autos im Quartier Schmelzi oder am Marktplatz mit BE-, LU- oder AG-Kennzeichen parkieren, muss man davon ausgehen, dass die Leute in der ETA arbeiten und dort die entsprechenden Parkplätze gratis und franko benützen können. Das findet er bemerkenswert. Jetzt muss man sich damit auseinandersetzen. Ist es in Ordnung, dass man jährlich auf einen fünfstelligen Betrag verzichtet, weil die Polizei nicht in der Lage ist, Parkingkontrollen durchzuführen?

3.2 François Scheidegger bestätigt, dass man einen Rückgang zu verzeichnen hat, was ein Ärgernis ist. Es ist aber nicht so, dass die Polizei keine Parkplatzkontrollen macht, im Gegenteil. Was er nicht so gerne hört, ist die Geschichte mit der Securitas. Diese wurde tatsächlich vor ca. drei Jahren aus Spargründen abgeschafft. Das war seitens Behörden aber verbunden mit einem Auftrag an die Polizei, dass sie das sollte auffangen können. Es sollte mit den vorhandenen Ressourcen möglich sein. Er hat immer ein wenig Vorbehalte, wenn Private hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Seines Erachtens ist das Sache der Polizei und ihrer Leute ist.

Vor 10 Tagen stand im Grenchner Tagblatt, dass man in Grenchen nur noch mit der Parking APP bezahlen kann und es keine Automaten mehr gibt. Das stimmt einfach nicht. Das wäre auch nicht rechtens. Jeder gebührenpflichtige Parkplatz muss auch mit Bargeld bezahlt werden können. Es kommt noch die Frage der Zumutbarkeit dazu. Wie weit darf dieser Automat entfernt stehen? Er gibt Daniel Hafner Recht - diesen Kritikpunkt hat er auch schon mitbekommen – dass man insbesondere am Bahnhof Süd offenbar sehr weit gehen muss. Vielleicht müsste man den Punkt schon noch einmal hinterfragen, gerade für Leute, die nachher auf den Zug wollen. Ist es gescheit, wenn die Zeit knapp ist, dass man dann noch 500 Meter gehen muss? Die App ist zwar eine gute Sache, aber es ist eine Illusion und es wäre falsch zu denken, dass man die Leute erziehen könnte.

- 3.3 Das Thema App ist Christian Ambühl ein Anliegen. Er hat das Projekt lanciert. Es ist ein Projekt, das man nicht einfach auf ein oder zwei Jahre hinaus planen kann, sondern dessen technische Umsetzung sicher fünf Jahre geht, bis es sich etabliert hat. Er ist der Meinung, dass dies die Zukunft sein wird, wenn sich die Autoindustrie jetzt schon Gedanken macht, entsprechende Software in die Autos einzubauen. Man hat zwei Möglichkeiten: entweder hinkt man hinterher oder man wählt den Weg wie Grenchen, dass man voraus geht. Das ist auch Werbung für die Stadt. Biel und Zürich kommen nach Grenchen, um zu schauen, wie man das hier umsetzt. Es braucht Mut, einen Schritt vorwärts zu machen. Dazu kommt noch, dass man Ende dieses Jahres und nächstes Jahr Parkuhren wird ersetzen müssen. Und ob die Stadt jetzt 14 oder 28 Parkuhren ersetzen will, die zwischen CHF 8'000 bis CHF 10'000 pro Automat kosten, ist eine Preisfrage. Will die Stadt die Bequemlichkeit zahlen oder sagt man, dass der Automobilist halt ein paar Meter gehen muss. Betreffend Parkingkontrollen kann er sagen, dass die Polizei ständig dran ist. Er hat den entsprechenden Auftrag der GRK bekommen. Es ist immer ein Abwägen, wie weit man den Bürger „schikanieren“ will oder nicht. Er als Polizeikommandant sagt, dass man den Bürger nur über Bussen erziehen kann. Der Schweizer Bürger fährt auf der Autobahn nur 120 Std./km, weil er weiss, dass es Radarkontrollen gibt, sonst würde er schneller fahren. Er gibt täglich Aufträge und nimmt gerne die Schild-Rust-Strasse als Beispiel: Dort wurden letzte Woche bei einer Kontrolle 25 Busse verteilt (die Strasse ist für die ETA fast so etwas wie ein Geschäftsparkplatz). Am nächsten Tag, was niemand erwartet hat, hat man nochmals kontrolliert und 23 Bussen verhängt. Man hat dann einen Tag Pause gemacht und siehe da, es ging auf 12 Bussen runter. An der Markt-gasse passierte genau das Gleiche: am ersten Tag waren es 20 Bussen, am zweiten nur noch 2. Das zeigt ihm einfach, dass man mit der Bussenverteilung den Bürger erziehen kann. Dieser überlegt sich dann schon, dass er drei Möglichkeiten hat, seine Parkgebühr zu zahlen: mit Münz, Twint oder der Parking App. Christian Ambühl hat eine Patrouille am Morgen draussen. Wenn diese an der Schild-Rust-Strasse ist, kann sie nicht gleichzeitig am Bahnhof Süd sein. Irgendeinmal ist man einfach ausgeschossen, nebst dem, dass die Polizei auch noch andere Aufträge hat. Er gibt ehrlich zu, dass er für den Einsatz der Securitas ist. Durch deren Abschaffung hat man 40 Stunden pro Monat weniger Ressourcen für Kontrollen. Dies intern aufzufangen, ist nicht zu einfach. Dazu kam noch, dass der Kanzleichef operationshalber vier Monate ausfiel und seine Stellvertretung gewährleistet werden musste, so dass die Mitarbeiterin, die 70 % ihres Pensums für Kontrollen eingesetzt wurde, nur noch 20 % dafür aufwenden konnte. Wenn der Bürger merkt, dass weniger Kontrolle durchgeführt werden, riskiert er es eher, die Parkgebühr nicht zu zahlen. Wenn man will, dass die Parkplatzeinnahmen hoch bleiben, geht das nur über häufigere Kontrollen.

- 3.4 François Scheidegger versichert, dass man am Thema dran bleibt und weiterhin genau hinschaut. Man hat auch schon andere Modelle geprüft (z.B. mit einer Schranke auf den PP Postplatz Nord). Das Ärgerliche mit den Bussen ist, dass das Geld nach Solothurn geht und nicht in die Stadtkasse fliesst. Andererseits will man auch keine Dauerparkierer beim Marktplatz. Dort möchte man, dass im Sinne des Gewerbes eine Rotation stattfindet.
- 3.5 Daniel Hafner möchte wissen, ob man davon ausgehen kann, dass in einem Jahr eine Review durchgeführt wird, um die Entwicklung anzuschauen. Wenn ein Bürger sein Kind von der Flughafenstrasse an die Haldenstrasse schickt, muss er dessen Fahrkarte bzw. Abonnement zahlen. Im Sinne des gesamtheitlichen Denkens sollte man auch beim Automobilisten konsequent Gebühren verlangen, wenn er öffentliche Parkplätze benutzt. Er erklärt sich von der Antwort befriedigt.
- 4 Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Stapo

6.3 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): "Illegale" Autoabstellplätze im öffentlichen Raum?: Beantwortung

Vorlage: KZL/01.02.2019

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

An verschiedenen Orten im öffentlichen Raum der Stadt Grenchen werden Autos ohne Nummernschilder parkiert. Diese Autoabstellplätze sind erstens unästhetisch und zweitens störend für die Wohnquartiere und gehören nicht in das Stadtzentrum der Stadt Grenchen. Diese „illegale“ Autoparkiererei wird auch von den Quartierbewohnern beanstandet und entspricht nicht dem Parkkonzept der Stadt Grenchen.

Autoabstellplätze zum Beispiel an den Orten:

- *Waldegg-, Arnold Baumgartnerstrasse, Schmelzistrasse (bei der ehem. Fa. Baumgartner Frères)*
- *Parkplatz Maienstrasse (bei der ehem. Firma Howeg)*
- *Riedernstrasse*
- *Güterstrasse*
- *und andere Orte*

Ich habe folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

1. *Kennt die Verwaltung diese „Autoabstellproblematik“ in der Stadt Grenchen?*
2. *Sind für die erwähnten Autoabstellplätze Bewilligungen vorhanden?*
3. *Wenn nicht: Was gedenkt und kann die Verwaltung unternehmen?*
4. *Wäre die „Autoabstellproblematik“ nicht ein „Punkt“ für die laufende Ortsplanrevision?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Baudirektion in Koordination mit der Polizei Stadt Grenchen beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen.

Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

3.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill dankt der Verwaltung für die Beantwortung seiner Interpellation. Er hat die Standorte nochmals inspiziert, dokumentiert und mit dem Rechtsdienst des Kantons besprochen. Es geht mir vor allem um drei Standorte:

- Standort 1 Maienstrasse Parzelle Nr. 1866 | 3'672 m²
- Standort 2 Riedernstrasse Parzelle Nr. 6681 | 340 m²
- Standort 3 Waldegg- / A. Baumgartnerstrasse Parzelle Nr. 5291 | 1'011 m²

Die erwähnten Standorte befinden sich - wie in der Beantwortung richtig erwähnt - auf einem privaten Grundstück, zum Teil in einem Wohnquartier. Die Baubewilligungen wurden in den Jahren 1969, 1976, 2004 von der Baudirektion erteilt. Die erste also vor 60 Jahren.

Gemäss Rechtsdienst des Kantons ist Folgendes zu klären:

- In welcher Zone befinden sich die erwähnten Standorte? Entsprechen diese heute, im Jahr 2019, noch den geltenden Zonenvorschriften?
- Wurde den Benutzern der Autoabstellplätze eine Betriebsbewilligung erteilt?
- Kennt das Amt für Umwelt diese Standorte? Waren die Verantwortlichen einmal vor Ort?

Zum Teil befinden sich Autoplätze auf einem Mergel- oder alten, porösen Asphaltbelag. Ein Ölunfall könnte unverantwortbare Folgen für die Umwelt haben. Nochmals: Die Autoabstellplätze sind unästhetisch und störend. Sie werden auch von Quartierbewohnern beanstandet. Eine Neubeurteilung sollte zwingend mit der Ortsplanrevision erfolgen.

3.1.1 Er stellt Antrag auf eine kurze Diskussion. Ihm ist wichtig, die Meinung der anderen Gemeinderatsmitglieder zu diesem Thema zu hören.

Der Antrag wird einstimmig gutgeheissen.

4 Begründung

4.1 Gemeinderat Peter Brotschi dankt Remo Bill für die Interpellation und dafür, dass er die Sache an die Hand genommen und so dokumentiert hat. Er hat darüber auch schon mit befreundeten Leuten gesprochen und ist der Meinung, dass dieser Punkt in der Ortsplanungsrevision angegangen werden soll. Er hat natürlich immer die Waldeggstrasse im Fokus, aber auch die etwas versteckte Parzelle an der Maienstrasse ist ein Ärgernis. Das ist einfach unhaltbar, insbesondere wenn es noch in Wohnquartieren ist und zur Lärmstörungen führt.

4.2 Gemeinderat Ivo von Büren meint, dass Remo Bill ihm aus der Seele spricht. Ihn stört das schon Jahre lang. Er war im Jahr 2013 Wahlhelfer im Wahlkampf um das Stadtpräsidium und hat einen geprüften und eingelösten Militärlastwagen mit einem gros-

- sen Banner „Zeit für einen Wechsel“ an der Neckarsulmstrasse bei einem befreundeten Landwirt auf Privatland abgestellt und damals von Kanton eine Busse von CHF 250.00 für das Abstellen auf nicht befestigtem Grund erhalten, die er dann auch bezahlt hat. Dass nur 500 bis 800 Meter Luftlinie weiter weg ca. 300 Autos im Dreck stecken, hat hingegen niemand interessiert. Das ist seit Jahren ein Ärgernis und er ist froh, dass das Remo Bill an die Hand genommen hat.
- 4.3 Gemeinderat Robert Gerber meint, dass Ivo von Büren ca. 15 Jahre jünger ist als er. Deshalb weiss er noch nicht, dass das Recht nicht für alle gilt, sondern nur für gewisse und manchmal für niemanden. Die Angelegenheit Autoabstellplätze insbesondere in der Gegend Howeg war seit Jahren ein Thema. Man hat das einmal mit dem kantonalen Amt für Umwelt behandelt. Sie sind sehr wohlwollend aufgetreten. Der Geschäftinhaber hat dann in dieser Zeit ein Baugesuch in Subingen eingereicht, weil er einen Umzug dorthin plante. Deshalb hat der Kanton dann gesagt, dass er die Sache einmal ad acta lege. Leider hat er sie dann für immer ad acta gelegt. Es war damals schon klar, dass dort gewisse Fahrzeuge relativ lange stehen. Das Terrain an der Baumgartenstrasse ist befestigt, aber leicht abschüssig. Dort ist auch schon vorgekommen, dass Batterien offen gelagert wurden. Diese sind oxidiert und ausgelaufen. Das gab eine relativ grosse Geschichte. Aber weiter ist dann auch nichts mehr gegangen. Der Kanton hat es leider versäumt, dort weiterzufahren. Es gibt noch viele Sachen, wo Robert Gerber manchmal staunt. Das Problem ist auch, dass eine Sache die andere anzieht. Es ist ein Unterschied, ob es ein Wagen ist oder ob es zehn sind.
- 4.4 Stadtpräsident François Scheidegger findet, dass auch das so genannte Marti-Areal an der Aare ein Ärgernis ist. Dort werden Sachen gelagert, die nichts mit der Zweckbestimmung der Schiffsanlagestelle zu tun haben. Das geht einfach nicht. Dort hat man die Ufer-, die Witi-, die Jura-Schutzzone, also x Zonen, die sich dort überlagern. Bei solchen Situationen schaut man einfach zu. Das ist ein Schandfleck.
- 4.5 Stadtbaumeister Aquil Briggen gibt dem Interpellant betreffend Ästhetik Recht. Geht es um ein Umweltvergehen, kann man jetzt schon einschreiten, wenn man Kenntnis davon hat. Wenn es bewilligte Parkplätze sind, dort Autos ohne Schilder stehen und man deswegen einschreiten möchte, muss man sich gut überlegen, wo man dann die Grenzen zieht. Autos ohne Schilder stehen auch auf Arealen von Garagen. Es gibt ebenfalls schöne Oldtimer, die ohne Autonummer irgendwo herumstehen. Die sind ästhetisch sicher kein Hindernis.
- 4.6 Christian Ambühl betont, dass der Polizei auf privatem Boden die Hände gebunden sind. Wenn auf öffentlichem Grund ein Auto ohne Kontrollschild steht, handelt man.
- 4.7 Remo Bill erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.
- 5 Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD
Stapo

6.3 / acs

Sonderschulungen in Heimen und Institutionen: Kreditüberschreitung zu Lasten ER 2018

Vorlage: SV/14.03.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen.

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 211'692.05 zu Lasten ER 2018 / Konto 2200.3635.00 Sonderschulen: Sonderschulungen in Heimen und Institutionen wird bewilligt.

Vollzug: SV

SV
FV

9.2.1.2 / acs

Einrichtung von Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels: 2. Lesung

Vorlage: Schulen Grenchen/08.02.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger führt in das Geschäft ein.

1.2 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, was man vor knapp einem Jahr sehr nahe dran, schon auf das aktuelle Schuljahr hin Tagesstrukturen auch im dritten Grenchner Primarschulkreis - im Kastels - einrichten zu können. Man gab damals dem Bedarf der Lehrpersonen für Gruppenräume den Vorrang. Unterdessen ist schon fast wieder ein Jahr ins Land gezogen... Endlich wurde die Hauswartwohnung freigegeben und geprüft. Die Räume sind zwar klein, aber anscheinend ist es doch möglich, in dieser Wohnung Tagesstrukturen einzurichten. Darüber freut sich die SP-Fraktion sehr und hofft, dass die anderen Fraktionen die Einführung von Tagesstrukturen im Kastels auch unterstützen. Auch wenn das Angebot vielleicht mit einer etwas kleineren Anzahl Kinder gestartet werden muss, soll doch ab nächstem Schuljahr dieser Schulkreis gleich wie das Halden und das Eichholz behandelt werden.

Es ist einfach heutzutage in den meisten Familien üblich, ja sogar nötig, dass beide Elternteile arbeiten gehen. Zudem kann man nicht davon ausgehen, dass alle Grosseltern oder Nachbarn die Kinder während der eigenen Arbeitszeit hüten können. Wie es also Fremdbetreuungsangebote für Klein- und Kindergartenkinder, sprich KiTas, gibt, so ist es auch gang und gäbe Schulhorte oder Tagesstrukturen für Primarschulkinder anzubieten, ja in der Stadt Zürich hat jedes Kind mit Bedarf sogar Anrecht auf einen Betreuungsplatz. Was man hier einrichtet, ist also nichts Besonderes und wird nur für max. 20 Kinder pro Betreuungszeit genutzt werden können. Das ist kein riesiges Angebot.

Weitere Vorteile zeigen sich: die Kinder bleiben auf dem Schulgelände, müssen also nicht weit zu einer Tagesmutter oder so gehen, und zweitens sind die Tarife sozialverträglich, also in vielen Fällen günstiger als die Tarife bei einer Tagesmutter.

Mit der gewählten Variante - TASK in der ehemaligen Hauswartwohnung - wird der Schulkreis Kastels endlich gleich behandelt wie die anderen beiden Primarschulkreise. Die Lehrpersonen können weiterhin den ehemaligen Kindergarten als Gruppenräume nutzen.

Die SP macht aber beliebt, die Räumlichkeiten in die neue Schulraumplanung miteinzubeziehen und grössere und besser geeignete Räumlichkeiten miteinzuplanen.

- 2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno kann vorwegnehmen, dass die CVP auf das Geschäft eintreten und den Anträgen so zustimmen wird. Als man das letzte Mal die Vorlage auf dem Tisch hatte, ergaben sich durch die Kündigung des Hauswirts eine neue Ausgangslage und eine mögliche neue Raumoption für die Tagesstruktur. Da die Lehrpersonen zusätzlich räumliche Wünsche äusserten, wurde die Vorlage als erste Lesung behandelt, somit blieb genug Zeit, um die Situation neu zu beurteilen. Für die CVP stand die Umsetzung der Tagesstrukturen nie in Frage, sie wollte einfach eine saubere Faktenauslegung und die Prüfung aller Optionen. Nun liegen die Fakten vor, welche die Tagesstrukturen in der alten Hauswartwohnung vorsehen. Da es sich um ein Provisorium handelt, kann die CVP auch damit leben, dass sich die Gebäulichkeit nicht 100 Prozent dafür eignen. Viel wichtiger ist ihr, dass man in allen Quartierschulhäusern der Primarschulen Grenchen nun eine Tagesstruktur anbieten kann. Dieses Angebot gehört zu einem familienfreundlichen Standort, welcher man mit „Leben und Wohnen“ sein will. Eines noch am Schluss, im Zuge der geplanten baulichen Erweiterung im Kastels, soll nicht nur geprüft, sondern zwingend nach einer Lösung gesucht werden, damit die Tagesstruktur räumlich optimal in den Schulraum eingebunden werden kann.
- 2.3 Gemeinderat Fabian Affolter erklärt, dass die SVP-Fraktion auf das Geschäft eintritt, aber nach wie vor gegen die Tagesstrukturen ist. Der Grund dafür ist immer noch der Gleiche: sie ist der Ansicht, dass alle Kinder gleich behandelt und nicht irgendwelche Minderheit bevorzugt werden sollen. Sollten die Tagesstrukturen umgesetzt werden, sollten die Kosten relativ gering gehalten werden. Warum man die Variante Hauswartwohnung bevorzugt und nicht die kostengünstigere Variante wählt, kann er zu wenig beurteilen. Ein Provisorium klingt immer gut. Er hat Angst, dass es ein Provisorium gibt. Man erzählt schon lange davon, dass die Schulraumplanung kommen soll bzw. dass man daran ist. Er weiss nicht, wie der aktuelle Stand ist, und will niemandem etwas unterstellen. In der SVP-Fraktion war noch ein Thema, woher das Essen bei den bisherigen Tagesstrukturen kommt. Man hat sich gefragt, warum es nicht von Grenchen kommt. Gibt es in Grenchen keine prädestinierten Angebote? Kann man das in Zukunft ändern und dafür sorgen, dass Grenchner Unternehmen für solche Dienstleistungen berücksichtigt werden?
- 2.4 Es hat lange gedauert, so Gemeinderätin Nicole Hirt, und nun liegt eine Lösung vor, die zwar teuer ist, aber den Bedürfnissen aller Beteiligten entspricht. Die Lösung ist befristet, bis die Schulraumerweiterung im Schulhaus Kastels abgeschlossen ist. Und wenn sie das dann einmal sein wird, kommen sicher schon die nächsten Expansionspläne. Nicht nur wegen der Steuervorlage soll die Bevölkerung ja bekanntlich wachsen. Auf der einen Seite will man natürlich mehr Steuersubstrat generieren, andererseits wird das aber auch mehr Kosten verursachen, welche die öffentliche Hand trägt. Das wird oft vergessen. Tagesstrukturen sind ein Bedürfnis der heutigen Gesellschaft, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Das Angebot umfasst eine lückenlose Betreuung von morgens 06.30 Uhr bis abends um 18.00 Uhr.

Unter Punkt 2.3. wird ausgeführt, dass die Leiterin der Tagesstrukturen sowie der Leiter Dienste Schulverwaltung der Meinung sind, dass sich der ehemalige Kindergarten, der nun als Gruppenraum für die Lehrpersonen verwendet wird, besser eignen würde. Die Bedürfnisse und Einschätzungen der Lehrpersonen sind ganz klar in der Interessenabwägung höher zu gewichten, da sie es sind, die in diesem Umfeld arbeiten müssen. Die spezielle Förderung und auch der Lehrplan 21, der sich individuali-

siertes und eigenverantwortliches Lernen auf die Fahne geschrieben hat, tragen dazu bei, dass ein immer grösser werdender Gruppenraumbedarf angemeldet wird. Verstärkt wird dieser Effekt zudem auch noch durch die Bevölkerungszunahme. Bis zum Jahr 2023 sind Beihilfen vom Bund zu erwarten, quasi eine Anschubfinanzierung. Zu gegebener Zeit müsste dann wohl auch der Gebührentarif angepasst werden. Dazu eine Frage: Wie stehen die Tagesstrukturen Grenchen im Vergleich zu anderen Schulträgern da? Gibt es hier einen Benchmark?

Noch eine Frage zu Antrag 4.3. Warum wird das Stellenpensum von 60 auf 70 % unbefristet aufgestockt? Handelt es sich hier nicht in erster Linie um Aufbauarbeit, die dereinst abgeschlossen sein wird? Dasselbe bei 4.6. Warum unbefristet? Die Angebote gelten doch immer für ein Jahr? Was, wenn plötzlich, aus welchen Gründen auch immer, die Nachfrage sinkt?

Die FDP-glp Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

- 2.5 Hubert Bläsi bezieht sich bei der Schulraumplanung vor allem auf das Kastels, das vorrangige Priorität hat. Dort hat Tonio Licini, Projektleiter Bauherrenvertretung, Baudirektion, einen Zeitablauf aufgestellt, was wann wo passieren muss. Im Moment ist eine Präqualifikation im Raum, dann kommt ein Wettbewerb, der durchgeführt werden muss, und erst dann könnte man die baulichen Massnahmen vollziehen. Seitens Schulen wurde ganz klar deponiert, dass die Variantenmöglichkeiten für die Tagesstrukturen darin prüft werden. Das wurde aufgenommen und man wird dann entscheiden, wenn es soweit ist. Das Ganze wurde sehr professionell aufgegleist. Man hat sich bereits zu Nutzersitzungen getroffen, wo man sich entsprechend einbringen konnte.
- 2.6 Laut Stadtbaumeister Aquil Briggen hat man sich entschieden, eine externe Wettbewerbsbegleitung zu beauftragen, wie das bei dieser Grössenordnung üblich ist. Dieser Auftrag wurde letzte Woche vergeben. Jetzt geht man zusammen den Wettbewerb an. Was bis jetzt stattgefunden hat, sind Nutzersitzungen. Dort kam sehr viel Wunschbedarf. Es gibt ein Gesamtpaket, mit dem, was gebraucht werden sollte, plus Wunschbedarf. Jetzt geht es um die Erstellung des Budgets.
- 2.7 Hubert Bläsi antwortet auf die Frage betreffend Essen, dass das Parktheater den Auftrag abgegeben hat. Die damalige Leiterin Schulverwaltung hat daraufhin ein Auswahlverfahren durchgeführt. Man hat es den Grenchner Institutionen entsprechend angeboten. Diese zeigten zwar Interesse, sagten dann aber, dass es ihnen an Personal mangle, sie kein Geld in teure Boxen investieren wollten oder kein Fahrzeug hätten. Es gab dann eine Auswertung und anscheinend hatte die bekannte Firma in Solothurn die meisten Pluspunkte. Sie arbeitet gemäss Rückmeldungen sehr zufriedenstellend. Man hat man eine neue Konstellation mit einer Einheit mehr und eine neue Leistung Tagesstrukturen. Die Ausgangslage hat sich jetzt geändert. Er hatte Anrufe von interessierten Organisationen von Grenchen und der Umgebung. Man müsste die Sache wieder einmal überprüfen, schauen, was möglich ist, und nachher entscheiden, was Sinn macht. Es wäre aber unfair, die jetzige Firma zu kritisieren, weil sie gute Arbeit leistet, das ist letztendlich auch ein Punkt, der wichtig ist. Es wurde bisher nichts unternommen, weil man gesagt hat, dass man auf die neue Leitung Die Ausgangslage hat sich jetzt geändert. wartet. Das wurde auch zwei Interessenten so mitgeteilt. Man kann die Sache jetzt starten und dann entscheiden.
- 2.8 Fabian Affolter fragt, ob es einen Vertrag mit entsprechender Kündigungsfrist gibt, den man einhalten muss.

- 2.9 Hubert Bläsi ist das nicht bekannt. Zur Frage, warum das Stellenpensum unbefristet um 10 % aufgestockt werden soll, meint er, dass es einen Drittel grösser wird. Das bedeutet einen Drittel mehr Aufwand. Man hat mehr Personen und mehr Örtlichkeiten. Der Antrag Ziff. 4.3 ist in seinen Augen deshalb gerechtfertigt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Angela Kummer verweist auf Ziff. 2.8 der Vorlage, worin steht: „Sobald möglich, spätestens jedoch auf das Schuljahr 2019/20 soll in der Hauswartwohnung im Kastels das gleiche Tagesstrukturangebot wie in den anderen Schulkreisen zur Verfügung stehen.“ Sie bittet darum, die Formulierung „sobald möglich“ zu streichen. Es ist ganz klar gedacht, dass der Start auf das neue Schuljahr hin ist. Das ist auch wichtig wegen der Kommunikation.
- 3.1.1 Gemäss Hubert Bläsi möchte man ganz sicher ab August 2019 bereit sein.
- 3.1.2 Stadtpräsident François Scheidegger hält zuhanden Protokoll fest, dass die Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels ab dem neuen Schuljahr operativ sein sollen.
- 3.2 Matthias Meier-Moreno bezieht sich auf die Beilage 2 der Vorlage (SH Kastels: Tagesstrukturen / Bauliche Massnahmen), worin aufgeführt ist, dass betreffend Kücheneinrichtung der Einbau eines Gastrogeschirrspülers (Kostenpunkt CHF 6'000.00) geplant sind. Braucht es tatsächlich ein Gastrogerät oder würde auch ein normales Appart, der heute auch schon Schnellprogramme hat, reichen? Oder hat es mit der Anzahl an Geschirr und Besteck zu tun, weil man sonst nicht mit Waschen hinterherkommt? Es ist ein Provisorium. Wenn man es auflöst und nachher etwas Neues macht, geht er recht in der Annahme, dass man die Maschine dann ausbaut und am neuen Ort wieder installiert?
- 3.2.1 Hubert Bläsi hat diese Frage betreffend Gastrogeschirrspüler auch gestellt. Erfahrungsgemäss wird ein Geschirrspüler in den Tagesstrukturen so stark beansprucht, dass es auf die Länge günstiger kommt, wenn man ein Gastrogerät anstatt eines Haushaltsgeräts anschafft. Bei den CHF 6'000.00 handelt es sich um eine Kostenschätzung. In seinen Augen muss es die günstigste und möglichst passendste Maschine sein. Es ist auch seine Meinung, dass das Gerät bei einem allfälligen Umzug mitgenommen wird.
- 3.2.2 François Scheidegger kann dies nur bestätigen. Eine Profimaschine erledigt einen Spülvorgang in wenigen Minuten. Das ist schon ein Gewinn. Man muss den Mitarbeitenden entsprechende Instrumente in die Finger geben, damit sie effizient arbeiten können. Es macht keinen Sinn, dass jemand wartet, bis die Maschine endlich fertig ist.
- 3.3 Gemeinderat Ivo von Büren hat ein Problem mit Ziff. 4.3 des Beschlussesentwurfes. In der Stadt wurde eingeführt, dass bei jeder Pensionierung oder natürlichem Austritt die internen Organisationen und Prozesse überprüft werden, da bis auf weiteres nicht mehr das gleiche Budget für die entsprechende Funktion zur Verfügung steht (nur noch max. 50 %). Hier will man mit einem Zweizeiler 10 % hinaufgehen. Er kann sich damit nicht einverstanden erklären und stellt den Antrag, Ziff. 4.3 zu streichen und mit 60 % zu fahren. Wenn es nicht gehen sollte, kann man immer noch der GRK einen Antrag stellen. Er sieht nicht ein, weshalb man gleich im Vornherein eine Erhöhung von 10 % vornehmen sollte.

- 3.3.1 Angela Kummer geht davon aus, dass das seriös geprüft wurde. Für sie ist nachvollziehbar, dass man mehr Aufwand hat, wenn es mehr Personen und mehr zum Organisieren gibt.
- 3.3.2 Laut Gemeinderat Daniel Hafner hat man heute bei den Kreditüberschreitungen gehört, dass man Budgets gekürzt hat, mit der Vision, dass es vielleicht doch gut kommt, und jetzt hat man entsprechende Nachtragskredite. Der Gesamtschulleiter hat ziemlich deutlich gesagt, dass es die Erhöhung braucht. Es ist eine mathematische Geschichte. Er denkt, dass es eindeutig ist für jemanden, der relativ simpel denken kann.

Der Antrag von Ivo von Büren wird mit 10 : 5 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Im Schulkreis Kastels werden ab ca. August 2019 Tagesstrukturen mit den Modulen Morgentisch, Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung mit Hausaufgabenhilfe angeboten (max. 20 Plätze).
- 4.2 Für die baulichen Massnahmen wird zu Lasten Konto Nr. 2170.3144.00. für das Jahr 2019 ein Nachtragskredit von CHF 33'500.00 genehmigt.
- 4.3 Für die Stelle Nr. 106 Leitung Tagesstrukturen werden per 01.08.2019 zusätzlich 10 % Stellenpensum geschaffen und von 60 auf 70 Stellenprozente unbefristet aufgestockt.
- 4.4 Zu Lasten Konto Nr. 2180.3010.00 - Tagesbetreuung, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals wird für die unbefristete Aufstockung des Pensums der Leiterin Tagesstrukturen um 10 % für das Jahr 2019 ein Nachtragskredit von CHF 5'500.00 zuzüglich Sozialleistungen genehmigt.
- 4.5 Für die Betreuung (Morgentisch, Mittagstisch, Springer, Aufgabenhilfe) im Stundenlohn werden die Stunden und um ca. 100 % auf total ca. 280 Stellenprozente erhöht.
- 4.6 Zu Lasten Konto Nr. 2180.3010.00 - Tagesbetreuung, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals wird für die unbefristeten Betreuungseinsätze der Mitarbeitenden im Stundenlohn für das Jahr 2019 ein Nachtragskredit von CHF 45'000.00 zuzüglich Sozialleistungen genehmigt.
- 4.7 Für das Mobiliar und die Einrichtung der Tagesstrukturen Kastels wird zu Lasten Konto Nr. 2180.3110.00 für das Jahr 2019 ein Nachtragskredit von CHF 15'000.00 genehmigt.
- 4.8 Zu Lasten Konto Nr. 2180.3100.00 - Tagesbetreuung, Spiel-, Beschäftigungs- und Büromaterial wird für Ausstattung und Anschaffungen für das Jahr 2019 ein Nachtragskredit von CHF 10'000.00 genehmigt.
- 4.9 Zu Lasten Konto Nr. 2180.3105.00 Tagesbetreuung, Lebensmittel wird für das Jahr 2019 ein Nachtragskredit von CHF 16'000.00 genehmigt.
- 4.10 Für die Informatik-Ausrüstung wird zu Lasten Konto Nr. 2180.3113.00 Tagesbetreuung, Anschaffung Hardware für das Jahr 2019 ein Nachtragskredit von CHF 3'950.00 genehmigt.

- 4.11 Für die Reinigung der Tagesstrukturen in der Hauswartwohnung (die Wohnung ist in der Reinigung noch nicht einbezogen) wird zu Lasten Konto Nr. 2170.3010.00 ein Nachtragskredit von CHF 3'000.00 genehmigt.
- 4.12 Die Umsetzung in der Hauswartwohnung ist als provisorische Lösung vorgesehen. Im Zuge der geplanten baulichen Erweiterung Kastels, soll geprüft werden, ob künftig eine für die Tagesstrukturen adäquatere Lösung realisiert werden kann.
- 4.13 Ab 2020 sind die entsprechenden Kosten im Budget aufzunehmen.

Vollzug: SV

GLSG
SV
BD
PA
FV
Informatik

2.9.5 / acs

Postulat Nicole Hirt (glp): Änderung des Gräber- und Grabmalreglementes: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/26.11.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde das Postulat von der Bau-
direktion schriftlich beantwortet.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderätin Nicole Hirt hat die Stellungnahme gelesen und ist damit einverstan-
den. Es war ihr ein Anliegen, auf die Reklamationen, die es am 1. November und an
Weihnachten gegeben hat, zu reagieren. Sie hat nicht begriffen, weshalb man wäh-
rend der Vegetationsruhe und an Feiertagen auf dem Urnenfeld keine Blumen soll
ablegen dürfen. So wie es jetzt aussieht, will man es etwas lockerer handhaben. Da-
mit kann sie leben.
- 3.2 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die Fürsorge. Denn der Vizepräsident
und er waren ja die Opfer. Sie gingen am 1. November 2018 guter Dinge auf den
Friedhof und wurden mit zahlreichen Reklamationen konfrontiert. Man hat den Leuten
zugehört und war der Meinung, dass man das in einem gewissen Sinn nachvollzie-
hen kann. Man hat das Schild gesehen und fotografiert und hatte den Eindruck, dass
man die Botschaft auch anders hätte überbringen können. Dann hat sich das Ganze
zwischen Weihnachten und Neujahr wiederholt und wieder zu Aufregungen geführt - er
war damals in den Ferien, so dass sich der Vizepräsident der Sache annahm. Letzte
Woche hatte er eine Begehung mit Frau Ulrike Kubierske, Leiterin Friedhof. Dass die
Leute dort Blumenschmuck oder Kerzen deponieren, ist eigentlich nicht im Sinne des
Erfinders. Die Idee ist, dass es ein Urnenfeld ist. Diejenigen, die etwas deponieren
wollen, sollen es am dafür vorgesehenen Ort tun. Das Problem hat man aber andern-
orts auch und es ist schwierig, Leute erziehen zu wollen. Das kann man irgendwie
auch nicht. Was er dem Gemeinderat einfach weitergeben möchte - dieser Gedanke
hat ihm die Leiterin Friedhof mit auf den Weg gegeben - ist, dass derjenige, der den
Rasen betritt, auch ein Urnenfeld betritt, d.h. er geht über Urnen hinweg. Wie pietäts-
voll das ist, möchte er auch einmal in den Raum stellen. Auf der anderen Seite ver-
steht er das Anliegen, dass man Blumen und Kerzen deponieren möchte und sich

aufregt, wenn das nachher wegräumt wird und im Abfall landet. Auch das ist nicht unbedingt pietätvoll. Man muss hier eine Kompromisslösung finden. Es ist in seinen Augen auch eine Sache der Kommunikation.

- 3.3 Bei Erheblicherklärung des Postulats wird Stadtbaumeister Aquil Briggen einen Reglementsentwurf in die BAPLUK bringen und danach mit dem Geschäft in den Gemeinderat kommen.
- 3.4 Am 1. November 2018, so Vize-Stadtpräsident Remo Bill, wurden der Stadtpräsident und er anlässlich des Konzertes der Stadtmusik auf dem Friedhof wegen des Verbots des Grabschmuckes auf den Gemeinschaftsgräbern von verschiedenen Besuchern angesprochen. Aufgrund von erneuten Reklamationen am 24. Dezember 2018 hat er die Gemeinschaftsgräber auf dem Friedhof besucht und die zur Reklamation führenden Verbotssplakate entfernt. Die zahlreichen Kerzen und Blumenschalen neben den Gemeinschaftsgräbern zeigen das Bedürfnis der Angehörigen, der Verstorbenen zu gedenken. Nach Weihnachten hatte er mit dem Friedhofgärtner vor Ort einen Termin und hat das Ganze mit ihm besprochen. Überrascht war er von der grossen Menge von verschiedenem Grabschmuck, der von den Friedhofgärtnern jeweils nach den Festtagen wieder entfernt und entsorgt werden muss. Tatsache ist, dass das Bedürfnis der Angehörigen, mit Grabschmuck den Toten ein Zeichen zu setzen, gross ist. Tatsache ist auch, dass die Kommunikation mit Verbotssplakaten wenig sensibel war. Aus diesen Gründen hofft er, dass das Postulat von Nicole Hirt eine für alle befriedigende Lösung bringt. Die SP-Fraktion wird das Postulat erheblich erklären.
- 3.5 Gemeinderat Ivo von Büren führt aus, dass auch die SVP-Fraktion das Postulat erheblich erklären wird. Das Argument, dass man über ein Urnenfeld hinweggeht, interessiert ihn nicht. Man läuft auch über das Urnenfeld, wenn man den Rasen mäht. Er sieht den Grund für die ablehnende Haltung eher darin, dass man zu bequem ist, die Sachen wegzuräumen. Man hat dort 300 Stellenprozente, die absolut reichen, um dort zweimal pro Jahr Kerzen und Blumen abzuräumen. Auch wenn die Besucher Abfall und damit Aufwand verursachen, sollte das drin liegen. Der Friedhof ist eine sehr heikle Sache. Man gedenkt dort der Verstorbenen. Er geht dorthin, um die Ruhe zu geniessen und sich nicht über lästige Plakate zu ärgern. Man möchte je nicht frustriert zum Friedhof herauskommen. Er ist Nicole Hirt sehr dankbar, dass sie das Postulat eingereicht hat, und findet es wichtig, dass man die Reglementsänderung vornimmt. Er bittet den Rat, das Anliegen zu unterstützen.
- 3.6 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 14 Stimmen, bei einer Enthaltung, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

Vollzug: KZL

BD
RD

7.4.0.0 / acs

Agglomerationsprogramm Grenchen; Aggloverein Grenchen: Wahl eines zweiten GR-Vertreters für die Mitgliederversammlung

Vorlage: BD/06.03.2019

Gemeinderat Daniel Hafner begibt sich als Nominierter in den Ausstand.

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

2.1 Gemeinderat Fabian Affolter möchte wissen, warum die anderen Parteien nicht gefragt wurden, ob sie jemanden haben, der Interesse an diesem Amt hat.

2.1.1 Stadtpräsident François Scheidegger hat an der GR-Sitzung vom 26. Februar 2019 den Vorschlag gemacht, ob man das Verfahren nicht abkürzen könnte, so dass die Stadtkanzlei nicht alle Parteien anfragen müsste. Er hat die Gelegenheit genutzt und gesagt, dass es gut wäre, wenn jemand aus der SP-Fraktion das Amt übernehme. Im Weiteren ist ja der Fraktionschef der SP gleichzeitig der Vizepräsident der BAPLUK, weshalb Alexander Kaufmann für ihn neben Konrad Schleiss (FDP, Präsident BAPLUK), die ideale Besetzung wäre.

2.1.2 Gemeinderat Alexander Kaufmann hat sich letztes Mal bereits geäussert. Für ihn ist klar, dass er, wenn er ein Amt annimmt, es richtig ausführen will. Im Moment hat er genügend Ämter. Er hat das auch so angemeldet. Deshalb hat die SP intern eine andere Lösung gesucht und nominiert nun Daniel Hafner. Es muss nicht der Vizepräsident der BAPLUK sein.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Gemeinderat wählt Gemeinderat Daniel Hafner als zweiten GR-Vertreter für die Mitgliederversammlung des Agglovereins Grenchen.

Vollzug: BD, Stadtpräsidium

Stadtpräsidium
Stadtkanzlei
Gemeinde Lengnau
Gemeinde Bettlach
ARP Kt SO

7.9.1 / acs

Interpellation Marc Willemin (SVP): Lt Walter Flury Gedenkfeier in Grenchen: Beantwortung

Vorlage: KZL/25.02.2019

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reichte Marc Willemin (SVP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Am 7. Oktober 2018 reiste eine Delegation aus Grenchen nach Miécourt JU, um an der Gedenkfeier des im 1. Weltkrieg gefallenen Grenchners, Leutnant Flury, teilzunehmen und um einen Kranz niederzulegen.

Der aus Grenchen stammende Ballonflieger Leutnant Walter Flury wurde gegen Ende des 1. Weltkrieges, also vor hundert Jahren, durch einen deutschen Flieger in der Gegend von Miécourt abgeschossen.

Im Verlauf dieser Gedenkfeier wurde während einer Diskussion von Seiten der Organisatoren nachgefragt, ob Grenchen nicht auch einen Anlass zum Gedenken an Walter Frey organisieren würde.

Ich habe ihnen versichert, dass ich dieses Anliegen an die Stadt Grenchen weitertragen werde.

Frage:

Wie stellt sich Grenchen zu diesem Thema, eine Gedenktafel, einen Gedenkstein o.ä. an einem noch zu bestimmenden Ort, mit einer kleinen Gedenkfeier und einer Einladung der Gemeindevertreter von Miécourt ins Leben zu rufen?

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von Stadtkanzlei in Koordination mit der Kulturkommission und dem Stadtarchiv beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

- 3.1 Gemeinderat Marc Willemin erklärt vorab, dass er nicht ganz von der Antwort befriedigt ist. Einerseits liegt eine ziemlich lange Ausführungen des Stadtarchivs vor, die interessant zu lesen sind, aber nicht der Grund für seine Interpellation war. Andererseits stellt er fest, dass man jetzt hier steht und niemand so recht weiss, was zu machen ist. Seitens KUKO heisst es, man solle die Würdigung mit der Bürgergemeinde und dem Flughafen zu koordinieren. Wer macht das? Er ist in der Zwischenzeit einmal zum Flughafen gegangen. Dort steht im Bereich der Segelflieger ein Stein, der an die Juragewässer-Korrektion erinnert. Es fragt sich, ob man die Gedenktafel dort anbringen möchte oder neben den drei Opfern des Generalstreiks 2018 auf dem Zeitplatz. Vielleicht gäbe es Leute, die noch andere Ideen hätten. Deshalb stellt er Antrag auf Diskussion, um zu wissen, wie sich der Gemeinderat dazu stellt und ob man den Lt Flury überhaupt den anderen drei Opfern gleichstellen will oder es sein lassen soll.

Der Antrag wird mit 9 : 6 Stimmen gutgeheissen.

4 Diskussion

- 4.1 Gemeinderat Peter Brotschi hat heute eine Motion „Ehrenplatz für verdiente Grenchnerinnen und Grenchner“ eingereicht, worin das Stadtpräsidium beauftragt wird, dem Gemeinderat ein Konzept zu unterbreiten, wie verdiente Grenchnerinnen und Grenchner an einem zentralen Ort geehrt werden können. Man hat nicht genügend Strassen, um irgendwelche Ehrungen zu vollziehen, und wieder irgendwelche Gedenksteine setzen will man auch nicht unbedingt. Deshalb hat er seine Motion eingegeben, damit das einmal gesamtheitlich angeschaut wird. Die Idee wäre, dass verdiente Menschen mit Platten auf dem Boden oder an einer Wand mit einer einfachen Inschrift in Erinnerung behalten werden. Zum Beispiel: *Walter Flury, Ballonoffizier, 1896 - 1918*. Auf der Internetseite der Stadt Grenchen müssten dann weitere Informationen respektive Kurzbiografien zu den Geehrten hinterlegt werden, die gleich vor Ort mit einem QR Code abgerufen werden könnten.
- 4.2 Für Gemeinderätin Angela Kummer stellt sich schon grundsätzlich die Frage, wessen man gedenkt und ob das auch die Stadt machen muss. Es ist seit längerem angedacht, das Projekt „Infotafel“ zu realisieren. Im Februar 2019 fand eine längere Sitzung unter der Federführung der Museumgesellschaft in Koordination mit der KUKO und Grenchen Tourismus etc. statt. Man hat die Idee, dass es verschiedene Infotafeln geben soll. In diesem Zusammenhang könnte man sehr gerne so eine Infotafel verwirklichen. Die Verantwortlichen des Projekts finden, dass nicht alles die Stadt zahlen soll, sondern dass man je nach Interessensgruppen noch auf Sponsorensuchen gehen müsste. Sie redet hier über ganz Grenchen und nicht über Einzelpersonen. Ein Gedenkstein an sich ist etwas Veraltetes. Aber dass man gewissen verdienten Personen ein Plätzchen geben könnte, ist sicher unterstützenswert.
- 4.3 So wie Gemeinderat Daniel Hafner das Ganze versteht, geht es um eine Leistung, die man würdigen möchte. Der entsprechende Ballonfahrer wurde unter unglücklichen Umständen in der Schlussphase des 1. Weltkrieges abgeschossen. Was ist die zu würdigende Leistung des bedauernswerten Offiziers?

Kann man das auf die gleiche Stufe mit den Ereignissen anlässlich des Generalstreiks 1918 stellen, wo drei junge Zivilisten (zwei Grenchner und ein Mann aus Pieterlen) ums Leben kamen?

- 4.4 Gemäss Marc Willemin sind in Grenchen infolge des Streiks drei Arbeiter umgekommen. Das ist sicher tragisch. Lt Flury hatte einen Auftrag der Schweizer Armee und wurde in Ausübung seiner Pflichten abgeschossen. Ihn dünkt, dass man diese Ereignisse schon gleichberechtigt behandeln und Lt Flury eine gewisse Ehre in Grenchen bekunden könnte.
- 4.5 Gemeinderat Ivo von Büren meint, dass die SVP-Fraktion mit und ohne Würdigung leben kann. Was ihn stört, ist, dass Daniel Hafner das Anliegen ins Lächerliche zieht. Er versteht seine Position natürlich, da Lt Flury kein Sozialist, sondern ein Schweizer Offizier war, der im Dienste des Schweizer Vaterlandes zu Tode kam. Das muss auch keine grosse Sache sein. Im Jura haben sie einen Gedenkstein für ihn aufgestellt. Lt Flury war ein Grenchner. Er weiss nicht, was so ein Gedenkstein in der Witi oder so eine Inschrifttafel kostet.
- 4.6 Die Leistung des Ballonoffiziers Lt Flury, so Peter Brotschi, ist unter anderem auch, dass er der erste Grenchner in der dritten Dimension war.
- 4.7 François Scheidegger weist darauf hin, dass eine Gedenkfeier am 7. Oktober 2018 stattgefunden hat. Es war auch eine Grenchner Delegation anwesend. Den Vorstoss von Peter Brotschi würde er unterstützen. Er würde es begrüßen, wenn man ein wenig Ordnung hineinbringt. Das wird nicht so einfach sein. Es ist auch immer eine Frage der Gewichtung. Er persönlich ist kein Freund von Personenkult. Man muss sich dann gut überlegen, wen man ehren will. Es wurden auch schon Leute geehrt, wo man im Nachhinein nicht mehr so glücklich darüber war.
- 4.8 Marc Willemin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.
- 5 Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

KUKO
KSF
Stadtarchiv

0.0.3.1 / acs

Gemeindeordnung: Anpassung Geschäftsprüfung (§ 42): 1. Lesung (Postulat Fraktion FDP: Rechnungsprüfungskommission – Funktionsüberprüfung)

Vorlage: RD/22.03.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde das Geschäft schon zweimal in der GRK vordiskutiert. Man hat sich auch intern intensiv damit auseinandergesetzt. Es gibt hier verschiedene Ansätze. Es ist letztlich auch eine philosophische Frage, welchen Weg man beschreiten will. Es wurde deshalb in der GRK beschlossen, heute eine 1. Lesung durchzuführen, um zu hören, wie der Gemeinderat die Sache anschaut. Man wird die Meinungsäusserungen aufnehmen und dann nochmals mit einer Vorlage kommen.
- 1.2 Stadtschreiberin Luzia Meister war in allen GR-Fraktionen. Es haben alle die Vorlage gut durchgelesen und es ist auch allen wichtig, dass man hier etwas schafft, das der Stadt und dem Vertrauen der Bürger in die Verwaltung dient. Dafür braucht es eine Kontrolle, die diesen Namen auch verdient. Ändern muss man ohnehin etwas, weil man die Rechnungsprüfung seit geraumer Zeit an eine externe Fachstelle übertragen hat. Wie in der Vorlage steht, hat man zwei Grundmodelle. Sie hatte den Eindruck, dass alle GR-Fraktionen die Variante mit dem GR-Ausschuss priorisieren, d.h. der Gemeinderat macht es selbst und es sollen keine GRK-Mitglieder dabei sein. Falls das die Meinung des Gemeinderates wäre, müsste sie noch kleine Modifikation an der Vorlage vornehmen. Ihr ist wichtig, dass der Gemeinderat noch Anhaltspunkte gibt, wo man noch präzisieren soll. Sie hat vom Amt für Gemeinden in der Zwischenzeit zwei Echos erhalten: Erstens soll man nicht jedes Jahr das Modell ändern, sondern höchstens jede Legislatur. Zweitens kann die Gemeindeversammlung mit dem neuen Gemeindegesetz nicht mehr so ein Gremium wählen, es kann nur die Urne oder der Gemeinderat selbst sein. Das kann sie dann noch anpassen. Sie möchte gerne wissen, wie es der Gemeinderat gerne hätte. Kann er sich mit dem Modell GR-Ausschuss (ohne ordentliche GRK-Mitglieder) so einverstanden erklären? Dann hätte der Gemeinderat immer eine genügend grosse Auswahl an Leuten, die Einsitz nehmen könnten. Ein Vorschlag in einer Fraktion war, dass man z.B. noch zwei Externe dazu nimmt. Das sollte man im Pflichtenheft so machen können. Sie klärt das noch mit dem Kanton ab. Eine weitere Frage war, wer das Präsidium stellt. Normalerweise konstituieren sich die Kommissionen selbst. Da es aber eine sehr gewichtige Kommission ist, könnte man sich auch überlegen, ob nicht der Gemeinderat selbst die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin vornehmen soll. Das ist zusammengefasst der Anpassungsspielraum, über den man diskutieren kann.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Alexander Kaufmann dankt Luzia Meister, dass sie das Geschäft in der SP-Fraktion vorgestellt hat. Interessante Details wurden innerhalb der Fraktion diskutiert. Wichtige Tatsachen, wie die RPK (Rechnungsprüfungskommission) sei nach Gesetz obligatorisch, eine GPK (Geschäftsprüfungskommission) jedoch nicht, wurden eingehend besprochen. Für eine Stadt wie Grenchen mit bald 18'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist hingegen eine GPK (Geschäftsprüfungskommission) notwendig und wertvoll. Sie kann das Vertrauen der Bevölkerung und des Gemeinderates in eine verlässliche Verwaltungsführung stärken und verbessern. Der Aufgabenbereich der GPK ist hauptsächlich die Überprüfung der Verwaltung. Aus diesem Grund ist es wichtig und notwendig, die zukünftige GPK mit keinen GRK-Mitgliedern zu besetzen. Die klare Meinung bzw. der Vorschlag der SP ist, die GPK mit Gemeinderatsmitgliedern (inkl. Ersatzmitgliedern) zu besetzen. Sie ist für Eintreten und nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.
- 2.2 Für Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist die GPK eine wichtige Kommission, welche mit fachlich fähigen und wenn möglich unabhängigen Personen besetzt werden soll. Jedoch ist es nicht einfach, Personen zu finden, welche diesen Anforderungen entsprechen. Dies zeigt ein Blick zurück, die letzte GPK war mangels Mitglieder inexistent, was so nicht sein darf. Niemand aus der GRK reisst sich um ein zusätzliches Ämtli. Jedoch beschäftigt man sich bereits regelmässig während den GRK-Sitzungen mit der Verwaltung und den Betrieben. Dies wiederum sieht die GRK als grossen Vorteil, wenn es darum geht, eine Analyse der Tätigkeiten der Abteilungen zu machen. Wenn jedoch der Gemeinderat findet, dass genau diese Nähe zu den Betrieben zu wenig Unabhängigkeit bedeutet, respektiert man das. Jedoch muss weiter bedacht werden, wenn die ordentlichen GRK- und Ersatzmitglieder nicht der GPK angehören dürfen, beschränkt sich die Auswahl auf nur noch sechs Gemeinderäte (plus zehn Ersatzmitglieder). Daher würde er beliebt machen, dass die GRK-Ersatzmitglieder trotzdem zur GPK zugelassen werden. Ansonsten hat die CVP-Fraktion gar keine Möglichkeit, ein ordentliches GR-Mitglied als ein GPK Mitglied zu stellen.
- 2.3 Gemeinderat Reto Gasser kann sich seinen Vorrednern anschliessen. Sollte eine Geschäftsprüfungskommission installiert werden - und das ist sicher das Ziel - muss die Gemeindeordnung entsprechend angepasst werden. Aber es stellen sich erhebliche Fragen. François Scheidegger hat es vorhin erwähnt, dass es eine Frage der Philosophie ist: Soll das Gremium der verlängerte Arm des Gemeinderates sein oder will man eine externe Kontrollstelle haben? Im Rahmen der Fraktion wurde auch diskutiert, ob es sinnvoll ist, wenn die GRK das macht. Man muss wissen, dass die Exekutive der Stadt Grenchen durch den Stadtpräsidenten, 14 Gemeinderäte und die 5-köpfige GRK gebildet wird. Er sieht nicht unbedingt, dass die GRK noch eine Aufsichtsfunktion haben soll. Es besteht die Problematik, dass sie sich selbst kontrollieren würde und unter Umständen befangen sein könnte. Natürlich hat es den Vorteil, dass man als GRK-Mitglied gewisse Geschäfte schon gut kennt. Das alleine kann aber nicht das Argument sein. Wenn man es so umsetzen würde, müssten die Checks und Balances stimmen. Es darf keine Alibitübung ohne Wirkung sein. Es wurde vorhin gesagt, dass mit dem Ausschluss der GRK-Mitglieder nur noch sechs ordentliche GR-Mitglieder übrigbleiben. Man kann sogar so weit gehen, dass man sagt, dass es keine GR-Mitglieder sein sollen. Natürlich wird man jetzt wieder einwerfen, ob es schwierig sein wird, gute Leute dafür zu finden. Aber allenfalls kann man genau mit so einem Amt Leute zum Politisieren motivieren.

Es gibt viele, die eine gescheite Funktion ausüben möchten. Sie könnten sich dadurch motiviert fühlen, sich dort einzubringen. Er denkt, dass es solche Leute in Grenchen gibt. Schliesslich ist es in so einer Kommission wichtig, dass dort nicht irgendwelche Leute sitzen, die nur Sitzungsgeld kassieren, aber nichts beisteuern können. Gemäss Vorlage braucht es gewisse Fähigkeiten, um diese Funktion wahrzunehmen. Natürlich kann man auch externe Spezialisten beiziehen, aber die Oberverantwortung liegt dann trotzdem bei der GPK. Es ist die GPK, die Empfehlungen abgibt. Deshalb ist die FDP-glp-Fraktion der Ansicht, dass man sich nicht auf den Gemeinderat beschränken, sondern es ganz extern geben sollte. Die Wahl würde durch den Gemeinderat vorgenommen. Die FDP-glp-Fraktion ist für Eintreten.

- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Sie kann mit allen Lösungen leben: GRK, Externe, Zwitter- oder SP-Lösung. Er gibt zu bedenken, dass man immer Probleme hatte, die RPK mit fähigen Leuten zu besetzen. Aus diesem Grund ist man auf die Idee gekommen, dass es einfacher wäre, wenn man es der GRK anhängen würde. Er sieht eher das Problem darin, dass man die entsprechenden Leute nicht finden könnte.
- 2.5 Gemeinderat Peter Brotschi erklärt, dass er gewisse Sympathien für die externe Lösung hat, die Reto Gasser skizziert hat. Man müsste das öffentlich ausschreiben. Das könnte eine Stimulation sein für externe Leute, die an der Politik interessiert sind.
- 2.6 Gemeinderätin Angela Kummer kann diese Lösung unterstützen im Sinne einer wirklichen Gewaltentrennung. Sie findet es seltsam, wenn GR-Mitglieder in der Kommission sind und sich selbst kontrollieren. Sowohl der Gemeinderat als auch die GRK sind nahe dran. Auch wenn es etwas mehr Aufwand bedeutet, Externe zu finden, sollte man trotzdem eine externe Lösung anstreben.
- 2.7 Reto Gasser betont, dass alle GR-Mitglieder Teil der Exekutive sind, egal ob es sich um ordentliche oder Ersatz-Mitglieder handelt. Eine völlige Trennung hat man nur mit externen Leuten. Das Gremium muss nicht mit 11 Leuten besetzt werden. Das würde auch nicht funktionieren. Es können fünf Leute sein, welche die GR-Parteien repräsentieren und schlagfertig arbeiten können. Ihm muss niemand erzählen, dass man in einer Stadt in der Grössenordnung von Grenchen niemand für so ein Amt findet.
- 2.8 Gemeinderat Daniel Hafner verweist auf die Organisation „Forum Grenchen“. Dort herrscht der Eindruck, dass der Gemeinderat so ein „sektenartiger“ Klub ist, der Beschlüsse fasst, auf die kein Mensch Einfluss nehmen kann. Die demokratischen Möglichkeiten sind den Bürgern manchmal gar nicht bekannt. So könnte man gewisse Leute auch in die Verantwortung nehmen, wenn man es öffentlich ausschreibt. Es spricht nichts dagegen, dass Externe, die motiviert sind, zu partizipieren, Überprüfungen und Kontrollen vornehmen und schauen, was läuft. Er findet das eine gute Lösung.
- 2.9 François Scheidegger fasst die Diskussion wie folgt zusammen:
- GRK: diese Variante wird verworfen.
 - GR-Ausschuss mit GR-Mitgliedern, die nicht GRK-Mitglieder sind, im Sinne eines verlängerten Arms des Gemeinderates:
 - Vorteil: Der Gemeinderat bestimmt, wo er genauer hinschauen will.
 - Nachteil: Es stellt sich die Frage der Unabhängigkeit. In der Öffentlichkeit kann der Anschein der Befangenheit entstehen. Das reicht manchmal schon, damit das Vertrauen nicht mehr ganz da ist.

- „Normale“ Kommission mit Externen, in der explizit keine Gemeinderatsmitglieder oder -ersatzmitglieder Einsitz nehmen dürfen.
 - Zwitter aus GR-Mitgliedern und Externen:
 - Nachteil: Es könnte schwierig werden, wenn z.B. die Situation zwei GR-Mitglieder gegen drei Nicht-GR-Mitglieder entsteht. Es gäbe wieder Zwei- und Dreiklassengemeinderäte. Die Unabhängigkeit wäre auch nicht mehr gegeben, wenn zwei GR-Mitglieder dabei sind.
- 2.10 Gemäss Luzia Meister sollte man die Unabhängigkeit nicht allzu hoch gewichten, weil der Gemeinderat die Aufsicht über die Verwaltung ausübt. Eine Kommission, die die Arbeit der Verwaltung überprüft, wird nicht einmal einen Tausendstel der Arbeit des Gemeinderates selbst überprüfen, sondern hauptsächlich die Arbeit der Verwaltung. Wenn der Gemeinderat es selbst macht, dann verstärkt er so seine Oberaufsicht, indem er selbst hinschaut, und das Know-how sollte in die Alltagsarbeit des Gemeinderates zurückfliessen. Das ist keine Alibiübung oder irgendeine Mausechlei. In der Stadt Solothurn ist man so organisiert, dass man einen Ausschuss für Geschäftsprüfung des Gemeinderates hat. Es wurde festgelegt, dass der Gemeinderat fünf seiner Mitglieder zum Geschäftsprüfungsausschuss bestimmt. Mitglieder der Gemeinderatskommission sind in diesen Ausschuss nicht wählbar. Die GRK trifft relativ viele Personalentscheide und sieht auch viel mehr. Wenn es der Gemeinderat selbst macht, entsteht ein Gegengewicht zur GRK (bei der ja immer wieder kritisiert wird, dass die Mitglieder mehr wissen) weil es andere GR-Mitglieder gibt, die dafür in der Geschäftsprüfung eine Aufgabe haben. Man kann leidenschaftslos für beides sein.
- 2.10.1 Bei einer externen Kommission, so François Scheidegger, sollte der Gemeinderat die Möglichkeit haben, Anregungen zu geben.
- 2.11 Reto Gasser möchte folgende zwei Varianten vorgelegt bekommen:
- Kommission mit Externen
 - Ausschuss mit GR-Vertretern als verlängerter Arm des Gemeinderates
- 2.11.1 Luzia Meister bemerkt, dass die Vorlage die beiden Modelle vorsieht (*Die Geschäftsprüfung kann ähnlich wie früher einem GR-Ausschuss für Geschäftsprüfung (AfG) oder aber einer GR-unabhängigen GPK übertragen werden.*). Man sollte auf jeden Fall eine Kontrolle vornehmen, egal ob sie nun der Gemeinderat selbst ausübt oder es eine Kommission tut. Man könnte jetzt einmal bis Ende Legislatur 2017-2021 Erfahrungen sammeln.
- 2.12 Konsultative Abstimmung:
Soll die Geschäftsprüfungskommission aus 5 Mitgliedern bestehen?
- JA: Grossmehrheitlich
Nein: 5 Gegenstimmen
- 2.13 Luzia Meister fragt, wie das Präsidium festgelegt werden soll.
- 2.13.1 Peter Brotschi bringt das Rotationsprinzip ins Spiel. Das Präsidium könnte zwischen den Fraktionen bzw. Parteien wechseln.
- 2.13.2 Gemäss François Scheidegger werden die Präsidien traditionsgemäss bei den Parteidialogen nach den GR-Wahlen gestützt auf den GR-Proporz verteilt.

- 2.13.3 Daniel Hafner ist gegen das Rotationsprinzip und dafür, dass sich die GPK selbst konstituiert. Es soll niemand gezwungen werden, ein Präsidium übernehmen zu müssen.
- 2.13.4 François Scheidegger findet auch, dass man es der Kommission überlassen sollte. Sie soll sich selbst mit den entsprechenden Chargen konstituieren.
- 2.13.5 Gemeinderat Richard Aschberger möchte der Kommission nicht hineinfunkeln. Das müssen die Mitglieder selbst untereinander ausmachen.
Eintreten wird beschlossen.

Es ergeht einstimmig folgender

3 Beschluss

- 3.1 Das Geschäft wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Vollzug: RD, KZL

RD

0.1.8 / acs

Motion Peter Brotschi (CVP): Ehrenplatz für verdiente Grenchnerinnen und Grenchner: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. April 2019 reicht Peter Brotschi (CVP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

Das Stadtpräsidium wird beauftragt, dem Gemeinderat ein Konzept zu unterbreiten, wie verdiente Grenchnerinnen und Grenchner an einem zentralen Ort geehrt werden können.

Begründung:

In der Geschichte von Grenchen wurden verdiente Einwohnerinnen und Einwohner immer wieder mit Denkmälern geehrt. Zu denken ist etwa an das grosse Denkmal von Bundesrat Obrecht, die Gedenksteine der Familie Schild und die Gedenksteine der beiden Heldinnen und des Helden beim Franzoseneinfall. Zudem wurden ehemalige Stadtpräsidenten (damals noch Stadtammann) und Unternehmerfamilien mit Strassennamen geehrt. Anderen Persönlichkeiten, gerade etwa aus Wissenschaft und Kultur, wurde kein Denkmal gesetzt.

Der Motionär kann sich nicht vorstellen, dass heute noch Strassen zu Ehren von verdienten Grenchnerinnen und Grenchner umbenannt werden. Auch das Aufstellen von Gedenksteinen dürfte eher der Vergangenheit angehören. Aus diesem Grund wird angeregt, dass solche Personen zentral an einem gut zugänglichen Ort, zum Beispiel auf dem Marktplatz, geehrt werden.

Die Idee wäre, dass diese Menschen mit Platten auf dem Boden oder an einer Wand mit einer einfachen Inschrift in Erinnerung behalten werden. Zum Beispiel:

*Walter Flury
Ballonoffizier
1896 - 1918*

Auf der Internetseite der Stadt Grenchen müssten dann weitere Informationen respektive Kurzbiografien zu den Geehrten hinterlegt werden, die gleich vor Ort mit einem QR Code abgerufen werden könnten.

Eine solche Ehrung soll ausschliesslich Menschen vorbehalten sein, die in Grenchen ihren Lebensmittelpunkt hatten oder haben. Es wäre an der Kulturkommission, die Kriterien festzulegen und die Nominierungen zuhanden der Beschlussbehörde vorzunehmen. Nach Meinung des Motionärs sollte dies wahrscheinlich der Gemeinderat sein, da die Namen in der Öffentlichkeit zu stehen kommen. Ebenso sollte die Kuko jene Personen aus der Geschichte Grenchens bestimmen, welche bei einer allfälligen Realisierung des Projekts rückwirkend zu einer Ehrung kommen sollen.

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

KSF
SF
Kuko
Stadtarchivarin

0.0.3.1 / acs

Motion der Fraktion SP: Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. April 2019 reicht die SP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichnerin: Angela Kummer):

1.1 Motionstext

Die Stadt Grenchen trifft alle erforderlichen Massnahmen, damit Kinderbetreuungseinrichtungen auf ihrem Gebiet bzw. Solothurner Eltern, die Kinderbetreuungsangebote nutzen, von den neuen Finanzhilfen des Bundes zur Senkung der von den Eltern zu tragenden Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung und zur besseren Abstimmung des Angebots auf die Bedürfnisse der Eltern profitieren können.

Begründung:

Der im Auftrag des Bundesrates erstellte Forschungsbericht „Analyse der Vollkosten und der Finanzierung von Krippenplätzen in Deutschland, Frankreich und Österreich im Vergleich zur Schweiz“ hat ergeben, dass die finanzielle Belastung von Eltern durch die Kosten der externen Kinderbetreuung in der Schweiz kaufkraftbereinigt zwei- bis dreimal so hoch ist wie in unseren Nachbarländern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die öffentliche Hand in unseren Nachbarländern deutlich stärker an den Betreuungskosten beteiligt als in der Schweiz. Die in der Schweiz vergleichsweise sehr hohe Belastung der Eltern durch Ausgaben für die externe Kinderbetreuung hat diverse negative Konsequenzen. Gemäss dem Bericht des Bundesrates führen die hohen Kosten unter anderem zu fehlenden oder gar negativen Erwerbsanreizen. Dies verschärft nicht nur den Fachkräftemangel, sondern erschwert auch die Bekämpfung von Familienarmut.

Der Bundesgesetzgeber hat auf diesen Missstand reagiert und zwei neue Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet. Diese sind am 1. Juli 2018 in Kraft getreten und werden nach fünf Jahren (d.h. am 30. Juni 2023) auslaufen. Die neuen Förderinstrumente sollen die von den Eltern getragenen Kosten für die Drittbetreuung ihrer Kinder senken und das Betreuungsangebot besser auf die Bedürfnisse der Eltern abstimmen.

Die Subventionsgewährung des Bundes für die Senkung der Drittbetreuungskosten ist an verschiedene Voraussetzungen geknüpft. Um Finanzhilfen zu erhalten, muss im betreffenden Kanton die Gesamtsumme der von Kanton und Gemeinden ausgerichteten Subventionen erhöht werden. Die Senkung der Drittbetreuungskosten kann einerseits über (höhere) finanzielle Beiträge direkt an die Eltern erfolgen (Subjektfinanzierung z.B. mittels Betreuungsgutscheinen). Andererseits können auch (höhere) finanzielle Beiträge an die Einrichtungen für die familienergänzende Kinderbetreuung (Kindertagesstätten, Einrichtung für die schulergänzende Betreuung, Tagesfamilien)

ausgerichtet werden (Objektfinanzierung). Die Bundesbeiträge für die Erhöhung der Subventionen können trotz der kommunalen Zuständigkeit nur vom Kanton geltend gemacht werden. Es darf pro Kanton für die gesamte Laufzeit der Bundessubventionen nur ein Gesuch eingereicht werden und die Gesuchseingabe muss über den Kanton erfolgen.

Das kantonale Amt für soziale Sicherheit (ASO) hat im September 2018 zusammen mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) im Rahmen von drei regionalen Veranstaltungen in Olten, Dornach und Solothurn Gemeinden und Trägerschaften über die neuen Finanzhilfen informiert und prüft derzeit eine koordinierte Gesuchseingabe. Eine solche wird aber nur erfolgen, wenn genügend Gemeinden Interesse bekunden und der Kanton garantieren kann, dass die Gesamtsumme der Subventionen auf seinem Gebiet effektiv erhöht wird. Anhand der Rückmeldungen der Gemeinden wird der Kanton Solothurn entscheiden, ob ein Gesuch beim Bund eingereicht werden kann.

Die Stadt Grenchen soll dem Kanton deshalb ihr Interesse an einer Gesuchseingabe bekunden und alle erforderlichen Massnahmen treffen, damit Einrichtungen auf ihrem Gebiet bzw. Grenchner Eltern, die Kinderbetreuungsangebote nutzen, von den neuen Finanzhilfen des Bundes zur Senkung der von den Eltern zu tragenden Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung und zur besseren Abstimmung des Angebots auf die Bedürfnisse der Eltern profitieren können.

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

GSL
SV
FV

2.9.4 / acs

Motion Alexander Kaufmann (SP): Umsetzung Sperrung der Bettlachstrasse für den motorisierten Verkehr während den Sommermonaten im Abschnitt Baracoa bis Kuoni: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. April 2019 reicht Alexander Kaufmann (SP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

Umsetzung der Sperrung Bettlachstrasse im Abschnitt Baracoa bis Kuoni während den Sommermonaten für den motorisierten Strassenverkehr, gestützt auf die Petition mit 750 Unterschriften, der positiven Umfrage bei den Anrainern und dem Strategieprogramm Kompass Leben und Wohnen in Grenchen.

Begründung:

Die GRK hat unverständlicherweise entschieden, nach den guten Erfahrungen während der Testphase im Sommer 2018 auf eine Sperrung der Bettlachstrasse während den Sommermonaten trotzdem zu verzichten. Dieses politische Verhalten ist ein Affront gegenüber den Petitionären (750 Unterschriften) und den Anrainern, welche sich nach der Umfrage mehrheitlich positiv dazu geäußert haben. Die Meinung der Bevölkerung bei diesem Thema deckt sich nicht mit dem Entscheid der GRK.

Warum setzt sich eine GRK, dessen Mitglieder notabene als Gemeinderäte von der Bevölkerung gewählt wurden, einfach über ein Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner von Grenchen hinweg?

Zuständig für Strassensperrungen ist die Stadtpolizei und nicht die GRK. Die Stadtpolizei benötigt jedoch einen politischen, getragenen Entscheid, welcher im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung von Grenchen ist.

Die Mehrheit der Bevölkerung von Grenchen wünscht sich eine Flanierzone über die Sommermonate, die funktioniert. Es ist nicht nur das Restaurant Baracoa, welches von dieser Schliessung profitiert. Auch das Centro Lounge hat beim Versuch der Schliessung letzten Sommer seinen positiven Beitrag dazu geleistet. Auch der Wochenmarkt konnte von dieser Massnahme mehr als profitieren.

Die Belegung des Marktplatzes wird von Seiten der Politik immer wieder erwähnt (Projekt Zentrumsentwicklung). Es reicht nicht, wenn ein paar Stühle auf dem Marktplatz stehen und ein Bücherschrank aufgestellt wird. Es braucht Menschen, welche sich im öffentlichen Raum gerne bewegen, aufhalten und sich dabei wohl fühlen. Die temporäre Sperrung der Bettlachstrasse in diesem Abschnitt, ist keine Konkurrenz zum Marktplatz, sondern trägt zu dessen Belegung bei und ist ein Anfang in die richtige Richtung.

Wo ist hier das Gedankengut des Strategieprojektes „Kompass, Leben und Wohnen in Grenchen“ geblieben? Eigentlich dürfte man auch hier etwas mehr Mut zur Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen erwarten. Sonst bleibt das gute Projekt leider nur ein Papiertiger und die Stadt Grenchen läuft Gefahr, sich immer mehr zu einer Schlafstadt zu entwickeln.

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

Stapo

6.2 / acs

Interpellation Nicole Hirt (glp): Überprüfung Einstufung der Gehälter beim Verwaltungspersonal: Einreichung

1 Mit Datum vom 2. April 2019 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Im Verlaufe der letzten Jahre wurden diverse Überprüfungen von Gehaltseinstufungen unternommen. Da die Personalkosten die höchsten Kosten in einem Unternehmen darstellen, ist es wichtig, ein Auge auf deren Entwicklung zu halten. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtpräsidenten, folgende Fragen zu beantworten:

1. *Wie viele Stellen in der Verwaltung wurden seit Herbst 2013 überprüft?*
2. *Wie viele wurden nach oben, wie viele nach unten angepasst (in absoluten und relativen Zahlen)? Differenz in CHF?*
3. *Stehen noch Überprüfungen an?*
4. *Wenn ja, wie viele (in relativer und absoluter Zahl)?*
5. *Bis wann werden die Überprüfungen abgeschlossen sein?*
6. *Gibt es einen kantonalen Benchmark bezüglich Gehältern des Verwaltungspersonals? Wenn ja, wie sieht er aus im innerstädtischen Vergleich?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

PA
FV

0.2.2 / acs

**Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Situation beim Supermarkt an der Schlachthausstrasse:
Einreichung**

1 Mit Datum vom 2. April 2019 reicht Nicole Hirt (glp) folgende kleine Anfrage ein:

1.1 Text der kleinen Anfrage:

*Der erwähnte Supermarkt hat bekanntlich auch am Wochenende offen (Sa und So). Dies führt zu unzumutbaren Zuständen für die Anwohner*innen bezüglich Lärm, Abgasen und Sicherheit.*

*Autofahrer*innen mit Kontrollschildern aus der ganzen Schweiz biegen in die Bucheggstrasse ein, finden keinen Parkplatz, kehren um, bleiben auf der Schlachthausstrasse stehen und warten so auf einen freien Platz. Die ganze Verkehrs- und Parksituation ist mehr als unbefriedigend und birgt grosses Unfallpotenzial. Die Verkehrssicherheit ist dort nicht mehr gewährleistet.*

Die Stadtverwaltung wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Hat der Supermarkt in Bezug auf seine Verkaufsfläche genügend Parkplätze? Die Verkaufsfläche wird zusätzlich vergrössert, indem ein Teil der Waren im Freien angeboten wird.*
- 2. Wenn nicht, wäre es möglich mit der Firma Breitling zu verhandeln, damit diese die Firmenparkplätze am Wochenende dem Supermarkt vermieten würde?*
- 3. Wie kann die Verkehrs-, Lärm-, Abgas- und Parksituation beim Günes Supermarkt, vor allem am Wochenende, verbessert, resp. das Unfallrisiko vermindert werden?*

2 Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stapo
BD

6.3 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Demission Kurt Boner, Leiter SDOL, per 30.09.2019

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger liest aus dem Kündigungsschreiben von Kurt Boner vor:

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, lieber François

Wie mündlich bereits mehrmals angesprochen, kündige ich meine Anstellung als Leiter SDOL per 30. September 2019. Die 17 Jahre im Dienste der Stadt Grenchen und der Region Oberer Leberberg waren für mich ein erfüllter, herausfordernder und prägender Lebensabschnitt, den ich an dieser Stelle nicht weiter würdigen will. Ich möchte es jedoch nicht unterlassen, Dir und den Behörden von Grenchen für das entgegengebrachte Vertrauen und die stets konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit herzlich zu danken.

- 1.2 François Scheidegger dankt Kurt Boner persönlich, aber auch im Namen des Gemeinderates für die geleisteten Dienste. Er hat sich stets kollegial und loyal verhalten und seine Arbeit war von grosser Fachlichkeit und Professionalität. Vor drei Jahren wurde die Pensionierung thematisiert. Dann kam EffiSDOL mit der Organisationsentwicklung SDOL und die Nachfolgeregelung wurde sorgfältig vorbereitet. Ein grosser Dank gebührt Kurt Boner auch für die Übernahme des Präsidiums der Pensionskassenkommission. Die Umsetzung der neuen Vorsorgelösung war ein wichtiges Geschäft, ein wichtiger Meilenstein. Der abtretenden Leiter SDOL wird zum Abschied im Gemeinderat noch separat gewürdigt werden

2 Rückzug der Interpellation der Fraktion SV „Bettlachstrasse - wie weiter im 2019“ (GRB 2461/26.02.2019)

- 2.1 Die SVP hat am 19. März 2019 ihre Interpellation zurückgezogen, nachdem die GRK am 27. Februar 2019 beschlossen hat, am bestehenden Regime festzuhalten und auf eine „Totalsperre“ der Bettlachstrasse während den Sommermonaten zu verzichten (siehe Medienmitteilung vom 26. März 2019).

3 Rückbau eines Billettautomaten am Bahnhof Grenchen Nord

- 3.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat die SBB mit Schreiben vom 5. März 2019 über Anpassungen bei den Billettautomaten am Bahnhof Grenchen Nord informiert. Dort wird in der Woche ab 6. Mai 2019 ein Billettautomat abgebaut. Die Anzahl verkaufter Billette an den Automaten in Grenchen Nord ist aufgrund der Verlagerung der Billettkäufe auf die digitalen Kanäle rückläufig und beträgt im Durchschnitt noch 7 Billette pro Stunde. Daher wird die Anzahl Billettautomaten reduziert.

Es steht weiterhin ein Billettautomat an diesem Standort zur Verfügung. Dieser ist gut erreichbar und hat ausreichend Kapazitäten, um die tägliche Anzahl Billette, welche über Automaten bezogen werden, abzuwickeln. Auch über SBB.ch und App SBB Mobile sind jederzeit Billette und Fahrplanauskünfte erhältlich.